

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr: beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärts 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Mittwoch, den 31. Mai 1916.

23. Jahrg.

Noch Wochen und Monate!

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Gerard, hat sich — nach Gens' letzter Rede — in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Münchener Zeitung“ über die Absichten der amerikanischen Vermittlungsaktion sehr zuversichtlich ausgesprochen. Man darf daraus schließen, daß sich die amerikanische Regierung durch die vorläufigen Abjagen, die sie erhalten hat, nicht entmutigen lassen will. Und das ist sicherlich ein gutes Zeichen. Denn die wirklichen Absichten der englischen Regierung kennt man heute in Washington wahrscheinlich besser als in London; die der deutschen Regierung dort besser als in Berlin. Die Botschafter der Vereinigten Staaten haben Gelegenheit, Dinge zu hören, die man heute noch nicht laut sagen will, und Herr Gerard würde sich nicht so optimistisch geäußert haben, schöpft er seine Kenntnisse nur aus den Zeitungen, über denen die Zensur aller Länder mit Argusaugen wacht. Es ist gewiß auch kein Zufall, daß gerade der Berliner Botschafter Amerikas so starke Zuversicht hegt, denn Berlin ist ja zurzeit das eigentliche Zentrum der europäischen Friedensbestrebungen. Hier hat man von offizieller Stelle aus den Friedenswünschen Ausdruck verliehen und wenigstens in allgemeinen Umrißen ein grundsätzliches Friedensangebot entwickelt, während Sir Edward Grey nach seiner eigenen Erklärung noch nicht einmal weiß, welche Bedingungen er stellen will.

Herr Gerard meint freilich, daß bis zum Friedensschluß noch Wochen und Monate vergehen können. Das ist wahrscheinlich so zu verstehen, daß die Gegner noch den Sommer über versuchen wollen, ob sich die Kriegslage für sie nicht günstiger gestalten läßt. Neigung zu einem dritten Winterfeldzug dürfte man aber in den Mägen des französischen, des englischen, des russischen und des italienischen Volkes ebensowenig spüren wie auf der anderen Seite. Je weiter der Sommer vorrückt, desto stärker wird auf allen Seiten der Wunsch nach einem Schluß im Herbst werden.

Bethmann-Hollweg hatte viel wichtige Worte gesprochen. Den Krieg, den die Schwächer als die höchste Erhebung des Menschengeschlechts verkünden wollten, nennt der deutsche Reichskanzler kurzweg das „entsetzliche Blutvergießen“. Der Ertrag des Krieges? Bethmann-Hollweg nennt ihn uns: Millionen Opfer an Toten, Verwundeten und Verkrüppelten, eine schwere Schuld an Gut und Blut auf den Säulen der gegenwärtigen und künftigen Geschlechter. Das klingt anders als die Lobgesänge, die wir früher von anderen vernommen haben. Es ist als ein Frevler gescholten worden, vom Frieden zu reden, aber der Reichskanzler bekennt offen und freimütig: von allen Völkern wird der Friede herbeigesehnt. Mit wahrer Befriedigung vernahmen wir auch die Erkenntnis, daß man mit dem Reden über Vergangenes nicht vorwärts kommt, daß diese angeblichen Feststellungen, wer den Krieg verschuldet habe und wer an dem Ausbruch keine Schuld trage, zweck- und wertlos sind. Das ist sehr wahr, denn über Schuld und Verantwortung kann man nicht mit dem Gegner rechten; darüber werden sich die Regierungen mit den eigenen Völkern auseinandersetzen haben.

Der deutsche Reichskanzler hat die Wahrheit über den Frieden gesagt. Prägen wir uns seine Worte ein. Alle Völker sehnen den Frieden herbei. Aber ihr Sehnen kann nur erfüllt werden, „wenn sich die Staatsmänner der kriegführenden Staaten auf den Boden der wirklichen Tatsachen stellen, wenn sie mit dem ehrlichen Willen, das Blutvergießen zu beenden, bereit sind, untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern“. „nur dann werden wir uns dem Frieden nähern“. Sicherlich ruft Bethmann-Hollweg diese Mahnung vor allem den verstorbenen Staatsmännern des Viererverbandes zu; aber von der Verpflichtung, „untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern“, schließt er niemanden aus. Er denkt nicht daran, daß der eine Teil sagt: „ich will“, der andere bekennt: „ich muß“, sondern er verkündet als den Weg, um zu dem ersehnten Frieden zu gelangen, die Erörterung der Kriegs- und Friedensprobleme das Verhandeln und Verständigen über sie; der Reichskanzler strebt nach keinem Zwang, sondern nach der friedlichen Verständigung. Und so konnte er mit Zug und Recht sagen: Wer heute, nachdem der fünfjährige Krieg 22 Monate währt, zu der erprießlichen Erörterung des Friedens nicht bereit ist, der trägt die Schuld, wenn sich Europa noch fernerhin zerfleischt und verblutet“. „Untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch erörtern“: dies ist das entscheidende, das klare Wort.

Sir Edward Grey hat sich im englischen Unterhause über die Friedensfrage ausgesprochen. Leider bedeutet seine Rede ebenso wenig wie Herrn von Bethmanns letztes Interview einen sichtbaren Fortschritt. Wieder ist sehr lang und breit Vergangenes erörtert worden, während die Zukunft mit dunklen Bemerkungen abgetan wird.

Der englische Minister des Auswärtigen erklärt die Zeit noch nicht für gekommen, zu der die Alliierten einen Frieden, die ihren Absichten entsprechend, durch Reden fördern können. Man wird nach dieser Einleitung die Frage für berechtigt halten: „Wie sieht denn der Frieden aus den die

Alliierten wollen? Was sind ihre Absichten?“ Sir Edward Grey weicht aber dieser Frage aus, indem er sich auf das Londoner Abkommen beruft, wonach die Alliierten ihre Friedensbedingungen nur gemeinsam bekannt geben wollen. Für diese gemeinsame Bekanntgabe fehlt aber leider die Grundlage, weil sich die englische Regierung mit ihren Bundesgenossen noch nicht darüber beraten hat.

Damit ist in der Tat auf einen sehr schwierigen Punkt hingewiesen. Auf der einen Seite stehen England, Frankreich, Rußland, Italien, Japan, Portugal, Belgien, Serbien und Montenegro, auf der anderen Seite Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Jeder dieser dreizehn Staaten hat natürlich seine besonderen Interessen und Friedenswünsche. — Das deutsche Volk verlangt von seiner Regierung, alles Mögliche; um den Frieden zu fördern, aber es kann von ihr nicht verlangen, daß sie sich bereit erklärt, über Bedingungen zu verhandeln, die noch nicht einmal dem Befand sind, der sie stellen will. Was da gefordert wird, ist nicht Bereitwilligkeit zu Verhandlungen, sondern Unterwerfung auf Gnade und Ungnade.

Wenn Sir Edward Grey Verhandlungen erst beginnen will, wenn Deutschland zur Annahme aller nur denkbaren, ihm vorher gar nicht bekannt gegebenen Bedingungen bereit ist, dann müssen die Feldherren der feindlichen Staaten zunächst erst ihre Armeen nach Berlin und Breslau, nach Köln und Frankfurt a. M. führen. Sie wissen aber, daß der Weg dahin jetzt noch weiter ist, als er vor Kriegsbeginn, vor zwei Jahren gewesen ist, und daß das deutsche Volk nicht gewillt ist, sie mit offenen Armen aufzunehmen.

Die Rede Greys läßt sich nur so erklären, daß die Friedensbestrebungen an einem toten Punkt angelangt sind. Grey scheint zu fürchten, daß er schon weiter gegangen ist, als ihm die Kräfte, die zur Fortführung des Krieges drängen, und auf der Gegenseite noch sehr stark. Man hält sich nicht für besiegelt und hört nicht auf, eine vollen Sieg durch die militärische Niederwerfung oder die allmähliche Zermürbung Deutschlands zu erhoffen.

Die deutsche Regierung kann aber das Spiel der Kriegsparteien durchkreuzen, wenn sie im Einverständnis mit ihren

Verbündeten in klaren Worten den Frieden verkündet, den die Gegner jetzt haben können, wenn sie ihn wollen. — Dann werden sich auch die Friedensströmungen im Ausland stärker regen als bisher.

Herr Gerard erklärt, daß Wilson die Hoffnung auf einen Frieden wenigstens nach Wochen und Monaten nicht aufgibt. Wenn wir die Möglichkeit hätten, mit Herrn Wilson zu sprechen, so würden wir ihm nur den einen Rat geben: Sich nicht entmutigen zu lassen! Er kann nicht erwarten, daß er irgendwo offene Türen finden werde. Den Mittelmächten ist das, was er unternimmt, vorweg verdächtig: weil es die Regierung der Vereinigten Staaten bei ihrer Neutralität ohne Zweifel fehlen ließ. Und die andere Seite hat wieder noch die Neigung, sich mit dem Scheine der Unnachgiebigkeit zu umgeben; die vorgespiegelte Entschlossenheit, den Krieg endlos fortzuführen, soll dem Gegner die Beklemmung vor dem Unbekannten einflößen, aus der heraus er sich zu der Milderung der Friedensbedingungen bereit finden wird. Das alles wird sich Wilson selbst sagen; er wird deshalb verstehen, daß dieser Baum wahrlich nicht auf einen Schlag fällen kann.

Aber weil es so ist, wie es der Reichskanzler sagt: daß der Friede von allen Völkern herbeigesehnt wird, so kann die Verschöftheit der Verzweiflungspolitik, wie sie in der letzten Rederei des Herrn Poincare und des Herrn Grey noch auftritt, nicht Bestand haben. Auch den Staatsmännern der Entente wird es klar sein, daß die Tage ihres widerpenigen Widernehmens gezählt sind, daß sich ihre Völker mit hochmütigen Worten nicht mehr beruhigen lassen. Die Schimpf- und Anklagereden müssen nüchterner, praktischer Erörterung Platz machen.

Europa ist heute in zwei Lager geteilt, zwischen denen ein Abgrund klafft, über den keiner aus eigener Kraft hinüberkommt: es bedarf also eines Führers und Vermittlers, um die Gegner zusammenzuführen. Dieses Führer- und Vermittleramt ist wohl eine der höchsten und schönsten Aufgaben, die die Geschichte jemals vor einen Sterblichen gestellt hat. Wenn der Präsident des großen Freistaates diese Aufgabe übernimmt und gedeißlich durchführt, wird er sich Unsterblichkeit erworben haben.

Die Zensurdebatte über Kriegsziele.

Es war in der fünften Stunde der Dienstag-Verhandlungen — der Reichstag befand sich am dritten Tage der Zensurdebatte und der nationalliberale Scharfmacher Hirsch hielt gerade eine Rede für Annekationen und rückwärtslose U-Bootspolitik, die der Linke Anlaß zu zahlreichen Zwischenrufen gab — als der Vizepräsident Dr. Dove zur Klingel griff und die Redner eindringlich ermahnte, sich doch mehr an das eigentliche Thema der Verhandlungen zu halten, da die Debatte immer mehr den Charakter einer Erörterung über auswärtige Politik und Kriegsziele angenommen habe. In der Tat hätte ein unbefangener Zuhörer am Dienstag außer den präsidialen Zurücklenkungsversuchen kaum noch erkennen können, daß die Frage der Zensur auf der Tagesordnung des Reichstages stand; viel eher hatte es den Anschein, als würde die Unter-Bootsfrage und das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten mit aller Leidenschaftlichkeit diskutiert, nachdem — immer vom Standpunkt des naiven Zuhörers aus — die tatsächlich angenommene Kompromißresolution zum U-Bootsstreit wieder annulliert worden sei. Die Wandlung der Debatte hatte allerdings schon am Donnerstag ihren Anfang genommen. Abg. Noske, der am Dienstag als Redner der sozialdemokratischen Fraktion zunächst das Wort ergriff, wies gleich zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, wie es die Abgeordneten Hertel, Hirsch und Maritz — die Redner der auf Verjährung des Krieges hinarbeitenden Parteien vom Donnerstag — verstanden hätten, aus der Zensurdebatte eine U-Bootsdebatte und Gelegenheit der Propaganda ihrer Kriegsziele zu machen. Dies nötigte auch ihn, auf diese Frage einzugehen und gegen die Anschauungen der genannten Herren Widerspruch zu erheben, namentlich auch gegen die Art, wie sie die amerikanische Friedensvermittlung zurückwiesen, die auf eine Brückierung der Neutralen hinauslaufe. Genosse Noske unterstrich nochmals, wie wenig ernst es die Konservativen mit ihrer Forderung auf größere Freiheit der öffentlichen Meinung sei: in Wirklichkeit wollen sie nur Freiheit für ihre Kriegszielpropaganda und das sachliche Resultat der Debatten sei — trotz aller Angriffe gegen die Regierung — im Einzelnen — daß keine der bürgerlichen Parteien daran denkt, Zensur und Selagerungsstatus aufzugeben. Zur eigentlichen Zensurfrage äußerte der Redner noch mancherlei beachtliche Beschwerden, namentlich auch über die Einschränkung der Freizügigkeit der Landarbeiter unter dem Selagerungsstatus. Nach ihm trug der Fortschrittler Gohren seinerseits eine Anzahl Klagen vor, besonders über die Verfolgung der deutschen Friedensgesellschaft. Der Nationalliberale Stresemann jagte

mit allerhand diplomatischen Sinesen nachzuweisen, daß die Herren Hirsch und Hertel gar nicht in dem Maße von Annekationen und für eine ganz einseitige „freie Meinungsäußerung“ gesprochen hätten, wie Noske dies dargelegt hatte; aber er fand eine ganz unerwartete Widerlegung durch seinen Nachredner, den Konservativen v. Graefe, einem gelehrten Sunker. Dieser Herr plagte mit einer Deutlichkeit in die Debatte herein, daß seine eigenen Freunde eine gelinde Gänsehaut überlaufen haben mag, während er redete. Er bejammerte, daß die Stammmacherei überall durchgelassen würde, während die Zensur jedes „starke, das ist eigentlich deutsche Wort“ unterdrücke, rief nach einer neuen Belebung des furor teutonius, den die Regierung zur Geltung kommen lassen müsse. Dann aber wurde Herr v. Graefe noch bedeutend deutlicher und rief eine direkte Attacke gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Herrn v. Jagow, gegen den Reichskanzler und schließlich eine Persönlichkeit, die angeblich für die Konservativen außerhalb jeder Debatte steht. Durch eine Erinnerung an die Demütigung der preussischen Politik zu Olmütz Anno 1851 gab er deutlich zu verstehen, wohin seiner Ansicht nach die Politik der leitenden Kreise führe. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Helfferich wartete noch einen Redner, den Genossen S. a. b. h. a. g. e. n. von der Soz. Arbeitsgemeinschaft, ab, um dann mit großer Festigkeit und gegen links und rechts sich zu verteidigen. Aber trotz dieses äußerlichen Gleichgewichts war doch klar, daß die Hauptmacht seiner Vorwürfe der konservativen Fronde galt. Gerade in der Reichstagsdebatte sieht Herr Helfferich die beste Begründung für die Aufrechterhaltung der Zensur; alles, was er schließlich verspricht, ist ein allmählicher Abbau der größten Härten. Mit dem Graefischen Vorstoß war die Debatte unrettbar der allgemeinen auswärtigen Politik verfallen. Genosse David sand treffliche Worte gegen die Scharfmachereien der Nationalliberalen und konservativen Fronde, erst die ganze Welt zu provozieren, um dann mit blinder Wut loszugehen, ist eine Politik der Trivialität. Olmütz ist das Ergebnis konservativer Politik. Herrn v. Graefes Politik würde zu einem noch schlimmeren Olmütz führen, rief er der Reden zu. In dem Nationalliberalen Hirsch, dem „bekanntesten Sydikals“ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, erblickt Herr v. Graefe ein Helfer, seine extrem scharfmacherischen Ausführungen entsetzten den lauten Protest der Linken. Genosse Wittmann von der Soz. Arbeitsgemeinschaft unterstrich nochmals, daß es Herr Hirsch und seine Sekundanten genossen sind, die einen baldigen Frieden

verhindern. Auch der Staatssekretär des Innern sah sich veranlaßt, noch mehrfach in die Debatte einzugreifen. Die Rechte, die wohl merken mochte, daß sie mit der Rede des Herrn v. Graefe zu weit gegangen war, trat durch den Grafen Weitz eine „Rückzugskanonade“ an, wie Genosse Nasse dessen Rede treffend charakterisierte. Derselbe erklärte dem Abg. Hirsch auf dessen Bitte um nähere Begründung eines Zwischenrufes, der Herrn Hirsch sehr nervös gemacht hatte, mit aller Deutlichkeit ins Gesicht, daß gewisse Äußerungen allerdings den Eindruck erwecken, daß der Krieg gewissenslos nicht lange genug dauern kann, weil sie Millionen an ihm verdienen.

Die Abstimmung endete, wie vorauszusehen, damit, daß die ziemlich nichtsagenden Resolutionen der Kommission, welche Jesur und Belagerungszustand im Prinzip beibehalten und nur einige Milderungen in der Handhabung herbeizuführen suchten, angenommen wurden, nachdem alle weitergehenden Anträge abgelehnt worden waren. Das ist das äußere Resultat. Das innere Ergebnis der dreitägigen Beratung ist freilich ein ganz anderes; es zeigt das Fortbestehen der U-Bootsflotte in voller Kraft.

Von den Kriegsschauplätzen.

Auf dem größten Teile der französischen Front fanden am Montag äußerst lebhaft Kämpfe statt, die ihren Höhepunkt zwischen der Höhe 304 und der Maas erreichten. Der wiederholt unternommene verzweifelte Versuch der Franzosen, sich wieder in den Besitz des Dorfes Cumieres zu setzen, scheiterte nicht nur, sondern es gelang den deutschen Truppen, die französischen Stellungen zwischen der Südkuppe des „Toten Mannes“ und dem genannten Dorfe zu nehmen. Das bedeutet eine ganz erhebliche Verbesserung der deutschen Frontlinie. Auch östlich der Maas konnten die deutschen Stellungen wesentlich verbessert werden.

Somit italienischen Kriegsschauplatz wird ein weiteres Fortschreiten der Operationen unserer Bundesgenossen gemeldet; ein weiteres italienisches Panzerwerk fiel in ihren Besitz; ferner konnten sie den Übergang über den westlich von Aterro befindliche Pojina-Bach erzwingen und die südlichen Uferhöhen besetzen. Die Erfolge der österreichisch-ungarischen Truppen haben Cadorna, der für die Abfassung und Veröffentlichung der italienischen Heeresberichte verantwortlich ist, in begreifliche und peinliche Verlegenheit gebracht. Man weiß nicht, wie man diese Berichte freieren soll. Berührt das Heereskommando sie wahrheitsgemäß, so erschrickt das Land, verschweigt es alles Schwandgebende, so kann es geschehen, daß der russische Freund die erbetene Hilfe verweigert. In dieser Zwangslage hat nun das Kommando zum einfachen Mittel gegriffen, zwei Berichte anzufertigen, einen für Italien und den weniger in Betracht kommende Ausland und einen für Rußland. Wie der Korrespondent des „Corriere della Sera“ meldet, hat dies bisher in Rußland schon Wunder bewirkt. Die Zeitungen seien zu einer ganz anderen Ansicht über die Kriegslage gekommen und zollten jetzt der italienischen Kriegführung volle Anerkennung. Von einer russischen Hilfeleistung scheinen sie aber noch nichts wissen zu wollen.

Bei Saloniki scheinen sich ernste Kämpfe vorzubereiten. Wie die Oberste Heeresleitung mitteilt, besetzten deutsche und bulgarische Truppen die für sie äußerst wichtige Kupel-Engen an der Struma. Die Griechen zögten sich als die Besitzer dieses Gebietes zunächst zur Wehr, gaben aber den Widerstand bald auf. Wir wollen nur hoffen, daß es den Griechen erspart bleibt, an diesem entsetzlichen Völkermorden teilnehmen zu müssen. Was von deutscher und bulgarischer Seite getan werden kann, um das zu vermeiden, das wird nach unserer besten Überzeugung geschehen.

In Paris ist die Stimmung ab dieses Morgens der Deutschen und Bulgaren eine sehr erregte. Man verlangt sofortige Aufklärung darüber, was getan worden ist, um diesen überaus gefährlichen Schritt zu verhindern.

Im „Matin“ macht Cruppi Mitteilungen über die Mitglieder und das Programm der Wirtschaftskonferenz, die am 14. Juni in Paris stattfinden soll. England wird durch Kunciman und Bonar Law vertreten, Belgien durch Braqueville und Baron Sengens, Italien durch Danco, Rußland durch Pokrowski und Strilejajeff, Serbien durch Marinowski und Seran durch Sakotani. Der Vorzug fällt Clementel.

Das Programm zerfällt in Maßnahmen für die Zeiten des Krieges und des Überganges zum Frieden. Während der Kriegsdauer kommt es mangels anderer Zusammenarbeit besonders darauf an, die Kriegsverhältnisse zu vereinfachen, die den Handel mit dem Feinde unterliegen. Die Übergangsmaßnahmen sollen vor allem die Schäden wieder gut machen, die die Deutschen Belgien und Nordfrankreich durch den Raub aller Erzeugnisse und Waren verursacht, ferner die beträchtlichen Verluste an gekauften oder geerbten Handelsobjekten ausgleichen. Des wichtigsten Mittel hierzu stellt Cruppi darin, den Ländern der Verbündeten den besprochenen Gebrauch ihrer eigenen natürlichen Ressourcen vorzuschlagen. Ferner würde die Konferenz der Ausarbeitung des deutschen Unternehmungsgeistes durch möglichst weitgehende neue Substitutionsmaßnahmen Halt geben, z. B. bezüglich des Überwachens durch die Schaffung eines Besondereinstellens mit den Verbündeten. Gegen die Überwachungsmaßnahmen mit deutschen Erzeugnissen sowie die zu erwartende nachgehende Rückkehr der deutschen Kaufleute, die eine ernste und bekannt notwendigste Aufgabe für die Länder der Verbündeten haben, sollen die Unternehmungen betriebsmäßig für die Friedenszeit treffen. Es sei das Ziel der Konferenz, die Zusammenarbeit während des Krieges zu einem dauerhaften Einverständnis zu gestalten. Hierbei gehört die Entscheidung der Verbündeten in den Einzelheiten. Rußland z. B. fordert für seine Industrie die Einwirkung der Transportsmittel und die Errichtung von Freihäfen im Schwarzen Meer. Man würde in gemeinsamen ständigen Konferenzen die Beratung der gemeinsamen Industrie, die bisher ganz von Deutschland abhängig war. Die belgische und französische Metallindustrie erhebt eine weitgehende Forderung. Die Konferenz dürfte nicht ein Schlußwort sein, sondern vielmehr ein Vorwort zu einem weiteren Verhandeln. Die verschiedenen Länder erwarten nun, daß sie nicht eine bloße Erklärung des Vorschlags an die Verbündeten erhalten, sondern eine weitgehende tatsächliche Unterstützung, die dazu beitragen wird, möglichst rasche Ergebnisse zu erzielen.

Der man sich, es ist ein großes Programm, das auf diese Konferenz anzuwenden sein soll. Das wird jedoch niemals ohne weitestgehende Unterstützung sein, daß ein anderer Punkt. Die Konferenzen werden sich auch wohl mit Währungsfragen beschäftigen. Es ist bekannt, es stehen sich gegenüber als

Die Kriegslage.
Wien, 30. Mai. (Ludwig.)
Russischer Kriegsschauplatz.
Lebhafte Artilleriekämpfe, namentlich an der beharabischen Front und in Wolhynien. Sonst keine besonderen Ereignisse.
Italienischer Kriegsschauplatz.
Gestern fiel das Panzerwerk Punta Corbin in unsere Hand. Westlich von Aterro erzwangen unsere Truppen den Übergang über den westlich von Pojina-Bach und besetzten die südlichen Uferhöhen.
Vier heftige Angriffe der Italiener auf unsere Stellung südlich Veitale wurden abgeschlagen.
Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Ruhe.

Gegen England.

Eine Entgegnung der englischen Regierung.
Das Auswärtige Amt in London gibt bekannt: Da die deutsche Regierung versucht, die Beschuldigungen des deutschen Reichstages gegen die britische Regierung wegen ihrer Haltung in der bosnischen Krise zu unterstützen, ist es wünschenswert, die Tatsachen festzustellen. Österreich-Ungarn annehme durch einen Föderat Bosnien und die Herzegowina und änderte dadurch willkürlich den internationalen Vertrag ab. Großbritannien erhob dagegen Einspruch und weigerte sich, dies anzuerkennen, bis die anderen Mächte, die an dem Vertrag beteiligt waren, dies taten. Die diplomatischen Aktivitäten beschäftigten sich zwar mehr mit den Handlungen anderer Mächte, die damals unmittelbar interessiert waren; aber wenn man sie durchsieht, findet man darin doch genügend Material um die Beschuldigung des deutschen Reichstages zu entkräften.

Der erste Teil der Beschuldigung lautet: „In der bosnischen Krise wendete Deutschland den Krieg ab.“ Großbritannien äußerte darüber in Petersburg sein Mißvergnügen.“ Es wird der Versuch gemacht, dies durch Auszüge aus Dopeichen des deutschen Botschafters zu erklären, die teilweise auf dem Gerede über die Bemerkungen des damaligen Botschafters in Petersburg Sir Arthur Nicolson beruhen. Sir Arthur Nicolson erklärt sich entschieden, daß dieses Gerede nicht wahr ist. Es stellte sich heraus, daß von dem deutschen Kanzler während der bosnischen Krise der Vorwurf erhoben wurde, daß die Haltung der britischen Botschaft in Petersburg nicht im Sinne einer friedlichen Lösung war. Nicolson wurde davon verständigt und schrieb am 9. 3. 1916 an Grey: „Ich weiß ganz genau, daß der Eindruck besteht, daß ich ihn (den russischen Minister des Aeußeren) in der deutsch-feindlichen und österreich-feindlichen Politik bestärkte. Das ist aber durchaus unrichtig. Ich riet niemals, eine Richtung einzuschlagen, die die Luft zwischen ihm und Wien erweitern könnte.“ Das war die Politik, die Nicolson während der ganzen Krise konsequent befolgte.

Es erwidert sich, noch auf die gegen Grey erhobene Beschuldigung einzugehen. Die vom Kanzler gegen ihn persönlich erhobene Beschuldigung ist die, daß Grey erklärte, er glaube, daß die britische öffentliche Meinung einen Krieg Großbritanniens auf Rußlands Seite billige. Grey gab niemals eine solche Erklärung ab. In dem Bericht den er am 29. 9. 1909 an Nicolson schickte, kamen folgende Sätze vor: „Nichts als wirtschaftliche Zugeständnisse können für Serbien ohne einen erfolgreichen Krieg erreicht werden. Wenn Serbien seine territorialen Ansprüche nicht aufgibt, wird es zum Krieg kommen.“ Ich erwiderte von Jemoloff im Oktober, daß diese Ansprüche wahrscheinlich ausgegeben werden müssen. Ich gab zu verstehen, daß wir Rußland dabei unterstützen würden, um durchzugehen, was durch diplomatische Unterzählung erreicht werden kann, daß wir aber die Dinge nicht bis zum Kriege treiben würden.“ Und weiter: „Wir sind der Ansicht, daß es in keinem Verhältnis zu den Interessen, die auf dem Spiel stehen, sein würde, für die territorialen Ansprüche Serbiens einen Krieg zu wagen, in den vielleicht der größte Teil des europäischen Kontinents verwickelt würde.“

Die Erklärung des Auswärtigen Amtes schließt: Der Eindruck, den man aus den diplomatischen Aufzeichnungen von 1908/09 erhält, ist der, daß der Krieg 1909 abgemeldet wurde, weil Rußland die territorialen Ansprüche gegenüber Österreich nicht bis zu dem Punkt des europäischen Krieges unterstützen wollte. Dieser Standpunkt war auch der der britischen Regierung, die niemals davon abwich. Wenn Deutschland 1914, als die österreichischen Forderungen an Serbien bis zu dem Punkt der Verletzung getrieben wurden, denselben Standpunkt eingenommen hätte, wäre der Krieg damals vermieden worden.

Die englische Hilfe für Frankreich.

General Haig sagt in einer Rede, in der er die Operationen schildert, die er am 19. Dezember 1915 das Oberkommando über die britischen Streitkräfte übernahm: Die einzige größere Offensiv des Feindes während dieser Periode war gegen unsere französischen Verbündeten bei Verdun gerichtet. Während dieses ganzen Kampfes waren meine Truppen bereit, mitzumachen, wenn sie gebraucht würden, aber die einzige Unterzählung, die von unseren Verbündeten verlangt wurde, war unmittelbarer Natur, nämlich die Abführung der französischen Truppen auf einem Teil ihrer Verteidigungsfront. Die Durchführung der Abführung auf der ausgedehnten Front, überall in unmittelbarer Nähe des Feindes, war etwas heftiges. Das Unternehmen wurde aber mit einem vollkommenen Erfolg durchgeführt. An der britischen Front kam es während der letzten fünf Monate zu keinem größeren Kampf. Die britischen Streitkräfte sind durch die Ankunft neuer Formationen von zu Hause und durch die Verlegung anderer Truppen, die im nahen Osten abgesetzt wurden, beträchtlich vermehrt. Diese Vermehrung ermöglichte die Abführung der französischen Armee während der Schlacht bei Verdun. Unter den neuangekommenen Truppen befindet sich ein australisches Korps und mit ihm Kanadier sowie ein Teil Sibirischer. Seit dem letzten Bericht verließen die Jäger dieses Land zum Dienste im Orient.

Einsparung der Vorräte.

Der Parlamentssekretär im Handelsamt brachte einen Gesetzentwurf ein, wodurch die Vorräte von 15 Prozent vermindert und zugleich die Einfuhr von ausländischem Bier und Hopfen verboten werden soll, um Speisestoffe zu sparen.

Gegen Italien.

Italienische Flüchtlinge.
Nach dem „Corriere della Sera“ sind in Mailand drei Eisenbahnzüge mit 1335 Flüchtlingen, ausschließlich Frauen, Kinder und alte Männer, aus dem Val Sugano entlassen, die ihre Heimat auf Befehl des italienischen Heereskommandos innerhalb zwei Stunden verlassen mußten. Weitere Flüchtlinge werden erwartet. — Es werden Verhandlungen getroffen, um die Flüchtlinge auf die größeren Städte Italiens zu verteilen, wo ihnen ältere Schulgebäude zur Unterbringung gestellt werden sollen.

Der Balkanrieg.

Die Vorgänge in Bulgarien.
Kaukasus meldet: Die Bulgaren besetzen das griechische Fort an der Mündung der Struma in die Gegaie sowie die Gegend und Teile von Demir Jipaz. Deutsche und bulgarische Offiziere erließen am Donnerstag den griechischen Kom-

mandanten von Rupel, sie hätten Befehl, die bulgarische linke Flanke gegen einen Angriff der Verbündeten zu decken, schlugen vor, das Fort in Übereinstimmung mit den Grundzügen der Neutralität, wie sie in Athen ausgelegt worden sind, zu besetzen, und verlangten den Abzug der Griechen binnen 24 Stunden. Der Kommandant telegraphierte nach Athen. In einem Protokoll verpflichteten sich die deutschen und bulgarischen Offiziere, das Fort zu räumen, sobald die Ursache dieser Okkupation aufhört. Hierauf zogen die Griechen ab, mit Ausnahme einer Kompanie, die 24 Schüsse abgab und sich dann auf einen bestimmten Befehl aus Athen zurückzog. Die Deutschen und Bulgaren sind sehr tätig bei Kanthi und Skigie, nordöstlich von Kavalla, wo sie Pontons zusammenbringen, um die Meeresschiffe zu überschreiten. Nach dem „Secolo“ haben die eine Brigade starken Bulgaren außer dem den Engpaß Demir Jipaz und Serres beherrschenden Fort Rupel auch das Fort Dragatin, die Dörfer Bistrina und Spalomo, sowie beide Ufer der Struma bei der von den Franzosen und Engländern gesprengten Brücke und die hölzerne Brücke sowie den Bahnhof in Demir Jipaz besetzt. Der bulgarische Kommandant vollzieht sich rasch in breiter Front, unter gleichmäßigem Zurückgehen der griechischen Truppen. Die aus zwei Regimentern Infanterie und einer Batterie Artillerie bestehende griechische Besatzung von Demir Jipaz hat die Stadt am 27. d. Mis. ebenfalls verlassen. Die griechischen Truppen in Nordmazedonien ziehen sich gegen Veria zurück. Die griechische Heeresleitung hat die Kommandanten der einzelnen Truppenteile davon verständigt, daß sie persönlich dafür verantwortlich seien, daß sich die griechischen Truppen von den am 10. Mai besetzt gehaltenen Punkten nicht weiter zurückziehen.

In Brand geschossene Petroleumbehälter.

Die englische Flotte ist vor dem Hafen von Nauplia (Peloponnes) erschienen und hat die dortigen großen Petroleumbehälter beschossen und in Brand gesteckt. Das Feuer zerstörte sämtliche Hafengebäude ein. Der Schaden ist riesig. Die griechische Regierung hat wegen der Untat Schritte eingeleitet.

Der Seekrieg.

Berjunkt.
Hanas meldet: Ein Unterseeboot ohne Flagge versenkte im westlichen Mittelmeer den englischen Dampfer „Srimkby“. 26 Mann der Besatzung wurden gerettet und nach Algier zurückgebracht. Sie erklären, daß zwei andere englische Dampfer in den gleichen Gewässern torpediert wurden. — Der „Temps“ meldet: Der französische Dampfer „Ville d'Alger“ nahm auf hoher See die Besatzung des englischen Dampfers „Traumskai“ auf, der von einem österreichisch-ungarischen Tauchboot versenkt worden war.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier berichtet vom 30. Mai: An der Trakfront brachte im Abschnitt von Selahie am rechten Tigris-Ufer unsere Artillerie zwei feindliche Geschütze zum Schweigen. Wir erbeuteten an diesem Ufer 17 Wagen mit Vieh und machten bei dem Überfall 24 Engländer zu Gefangenen. Rukajus front; Am rechten Flügel und im Zentrum Patrouillenkämpfe. Im linken Flügel Scharmügel einzelner Abteilungen. Im Abschnitt von Smyrna verjagten unsere Geschütze drei feindliche Flieger, die Thokia überflogen. Einige feindliche Kriegsschiffe unterhielten kurze Zeit ein unwirksames Feuer gegen den Hügel westlich der Insel Keusten und zogen sich dann zurück. An den anderen Fronten keine Veränderungen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Lebensmittelversorgung Polens.

Laut dem „Svenska Dagbladet“ willigten die Entente-länder jetzt ein, daß von Amerika gesandte Lebensmittel nach Polen durchgelassen werden, vor allem unter der Bedingung, daß Deutschland und Österreich-Ungarn versprechen, aus den von ihren Truppen in Polen besetzten Gebieten keine Lebensmittel auszuführen. Man wartet nun mit Spannung auf die Antwort der deutschen und österreichischen Regierung. Da es aber jedenfalls noch fünf bis acht Wochen dauert, bevor die Lebensmittel aus Amerika eintreffen, wandte sich der polnische Vertrauensmann zusammen mit dem amerikanischen Hilfskomitee an die Behörden der skandinavischen Staaten mit der Bitte um Vorstreckung von Lebensmitteln. Norwegen versprach schon 4000 Tonnen Getreide und Mehl. Man hofft, auch von Schweden einen solchen Vorstoß zu erhalten, der dann bei dem Eintreffen der Sendungen aus Amerika wieder zurückerstattet werden soll.

Schwedische Arbeiter für Frankreich.

Das Stockholmer Blatt „Nya Dagligt Allehanda“ teilt mit, daß eine französische Agentur schwedische Arbeiter, namentlich Metallarbeiter und Maschinisten, für Frankreich zu werben versucht. Infolge der Überredungskünste sind schon mehrere hundert Arbeiter nach Frankreich abgereist. Das Blatt fordert ein Werbungsverbot.

Englischer Postraub trotz amerikanischer Note.

Die dänische General-Postdirektion gibt bekannt: Nach einer Mitteilung der norwegischen Postverwaltung wurden in Kirkwall auf dem norwegischen Dampfer „Bergensjord“, der am 13. Mai von New York nach Bergen abgefahren war, die nach Dänemark bestimmten 36 Postfächer von den Engländern beschlagnahmt.

Der Kolonialkrieg.

Ähnlich wird aus London berichtet: General Northy, der Kommandant der britischen Truppen an der Nordgrenze Rhodesias und des Nyassalands meldet: Am 25. Mai rückten die britischen Truppen an der ganzen Grenze zwischen dem Nyassa-See und dem Tanganika-See über eine Entfernung von 20 Meilen in deutsches Gebiet vor. Der Feind wurde gezwungen, sich von Ipiana, 20 Meilen nördlich Karonga, und Zamba, 18 Meilen nordöstlich Fort Hill, gegen Neulangenburg zurückzuziehen. — General Smuts meldet, daß die Eisenbahnstation Somo am 25. Mai von einer Abteilung seiner Truppen besetzt wurde. Eine andere Abteilung bewegte sich den Pangani-Fluß abwärts über Maraga-Opani nach Le Sara. (?) Der Feind ging fadwärts zurück.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Neue Kriegskredite in Höhe von zwölf Milliarden.

Das „Berl. Tageblatt“ meldet: Die in diesen Tagen zu erwartende neue Kriegskreditvorlage der verbündeten Regierungen wird, wie wir hören, nicht wie bei den letzten Malen, zehn Milliarden, sondern 12 Milliarden Mark betragen. Die Vorlage wird in Form eines Nachtragsetats wahrscheinlich Anfang nächster Woche unmittelbar nach Abschluß der Steuerdebatten im Plenum dem Reichstag zugehen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus

Am es gleich zu Beginn der Sitzung zu Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und dem Präsidenten und den bürgerlichen Parteien. Der Präsident schlug vor, einige noch gar nicht eingegangene Denkschriften darunter die über die Beseitigung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verstärkten Haushaltskommission zu überweisen, ohne sie zur ersten Lesung im Plenum zu stellen. Obwohl dieser Vorschlag der Geschäftsordnung widerspricht, hätten sich doch auch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsere Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Geschäftsordnung verlangten, so aus dem Grunde, weil ihnen daran lag, in einer Geschäftsordnungsdebatte vor aller Welt festzustellen, daß es ihnen nicht möglich gewesen ist, ihren Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen Rehnkecht und auf seine Entlassung aus der Haft mit der nötigen Anzahl von Unterschriften versehen beim Bureau einzureichen. Unsere Genossen hatten sich an die Fortschrittler und an die Polen um Unterstützung ihres Antrages gewandt; beide Parteien hatten aus politischen Gründen die Unterschrift verweigert. Dies Verhalten kennzeichnete Genosse Adolf Hoffmann in wiederholten Reden zur Geschäftsordnung, wobei er erklärte, daß angelegentlich eines solchen Verhaltens die Sozialdemokraten auf strengste Innehaltung der Vorschriften der Geschäftsordnung dringen müßten. Es blieb den Mehrheitsparteien und dem Präsidenten nichts anderes übrig, als sich dem Willen unserer Fraktion zu fügen. Ein Antrag sämtlicher Parteien, der in der Haushaltskommission Aufschluß über die Lebensmittelfrage forderte, wurde angenommen. Bei der dritten Lesung der Vorlage über Erhebung besonderer Zuschläge zur Einkommens- und Erbschaftsteuer erklärte Herr v. Seydewitz, seine Freunde könnten der Vorlage nur deshalb zustimmen, weil sich die Steuerzuschläge nur auf ein Jahr erstrecken. Genosse Hirsch wies darauf hin, daß die Vorlage durch die Art der Behandlung und durch die Beschlässe zweiter Lesung eine politische Bedeutung erlangt habe. Seine Freunde könnten sich mit dem Grundsatz, daß die direkten Steuern den Bundesstaaten und die indirekten dem Reich vorbehalten bleiben müßten, nicht einverstanden erklären. Angesichts der fortwährenden Betonung der Opfer, die die besitzende Klasse im Kriege gebracht hätte, wies unser Genosse auf die gewaltigen Opfer gerade der minderbemittelten Schichten hin, die nicht nur Gut und Blut geopfert, sondern sich auch tatkräftig in der Kriegsfürsorge und in der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens betätigt hätten. Er erinnere nur an die Tätigkeit der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher. Was die Vorlage betreffe, so sei zu bedenken, daß in der zweiten Lesung alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt seien. Der Minister habe gesagt, wer Rechte habe, der müsse auch Pflichten übernehmen. In Wirklichkeit habe das preussische Volk keine Rechte, es besitze noch immer nicht das freie Wahlrecht, und selbst gegen die beschiedene Reform des Vereinsgesetzes laute man im Reichstage Sturm. Wie sehr auch das Recht der Parlamentsimmunität ausgenutzt werde, das zeige der Fall Rehnkecht. Gemäß wies der Etat ein Defizit auf, aber das Defizit könne beseitigt werden, wenn man aus dem Etat die Summe streiche, die als Kampfprioritäten gegen die Polen, Dänen und Sozialdemokraten anzusehen sind. Solange das nicht der Fall sei, könne er das Bedürfnis nach neuen Steuern nicht anerkennen. Wenn die Regierung diese Positionen streiche, so habe sie nicht nur die Mittel, um den Etat zu balancieren, sondern sie würde damit auch den Beweis erbringen, daß es ihr Ernst sei mit der so oft verheißenen Neuorientierung, die nun lange genug habe auf sich warten lassen. So lange in Preußen nicht das gleiche Wahlrecht eingeführt sei, könne man nicht davon reden, daß gleichen Rechten gleiche Pflichten gegenüberstehen. Seine Freunde könnten sich der Anschauung des Ministers, daß grundsätzlich das Wahlrecht nach der Steuerleistung abgestuft sein müsse, nicht anschließen. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Polen hatten demonstrativ den Saal verlassen.

Zur Nahrungsmittelversorgung.

Der preussische Minister für Landwirtschaft hat sich in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten gegen die Ausfuhrverbote in einzelnen Landesteilen gewandt. Danach sind Anordnungen der Gemeinden und Kommunalverbände nur in einem Umfang zuzulassen, der unter allen Umständen jede Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensmittelversorgung ausschließt. Ausfuhrverbote für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die nicht der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, werden hiernach allgemein untersagt werden müssen. Die besonderen Nachvollkommenschaften, die den Gemeinden und Kommunalverbänden übertragen worden sind, seien lediglich dazu erteilt, die Gemeinden in die Lage zu versetzen, ungerechtfertigte Preistreiber entgegenzutreten. Sie seien aber nicht dazu gegeben, um einzelnen Landesteilen während des Krieges eine wirtschaftlich günstigere Lage auf Kosten der übrigen zu sichern.

Arbeit für das Kriegsernährungsamt.

Die Milch- und Butterpreise müßten, wenn es um die Preiswirtschaft richtig bestellt wäre, jetzt erheblich heruntergehen, da der Weideweg des Viehes das reichhaltigste. Aber bisher sind die Behörden nur an sehr wenigen Stellen vorgegangen. Bezeichnend für die unheilvollen Zustände ist eine Veröffentlichung der lippischen Regierung, wonach zwar der Milchpreis allgemein für das Land auf 22 Pf. (und zwar bei der Abgabe an die Verbraucher) für den Liter herabgesetzt ist, worin es dann aber weiter heißt: „Von der gleichzeitigen Ermäßigung des Butterhöchstpreises ist dagegen einstweilen noch Abstand genommen worden, weil die Befürchtung besteht, daß dadurch vor entsprechender Ermäßigung dieses Preises in den benachbarten großen Städten ein neuer Anreiz zur Abwendung der Butter aus Lippe herausgegeben . . . werden würde.“

Die Regierung sagt damit, daß der Butterpreis zu hoch ist; sie fürchtet aber, das eigene Land zu benachteiligen, wenn sie einen angemessenen Preis festsetze. Und die Industriebezirke berufen sich dann wiederum auf die hohen Preise der ländlichen Gegenden! Wann soll das eigentlich enden?

Gegen den Schieberhandel mit Lebensmitteln.

Der Abgeordnete Berner hatte bekanntlich im Reichstage eine kleine Anfrage eingebracht, was die Regierung gegen die Lebensmittelangelegenheiten in großen Blättern, die den Schieberhandel begünstigen, unternehmen will. Es ist ihm von dem neuen Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, folgende schriftliche Antwort erteilt worden:

„Auf die Anfrage beziehe ich mich zu erwidern, daß Verhandlungen darüber schweben, wie den Uebelständen in bezug auf

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 31. Mai. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Torpedoboote, die sich der Küste näherten, wurden durch Artilleriefire vertrieben.

Die rege Feuerkraft im Abschnitt zwischen dem Kanal von La Bajsee und Arras hält an.

Unternehmungen deutscher Patrouillen bei Neuve Chapelle und nordöstlich davon waren erfolgreich. 38 Engländer, darunter 1 Offizier, wurden gefangen genommen, 1 Maschinengewehr erbeutet.

Links der Maas säuberten wir die südlich des Dorfes Cumieres liegenden Hecken und Büsche vom Gegner, wobei 3 Offiziere und 88 Mann in unsere Hand fielen.

Beim Angriff am 29. Mai erbeuteten wir ein im Caurettes waldigen eingebautes Marinegeschütz, 18 Maschinengewehre, eine Anzahl Minenwerfer und viel sonstiges Gerät.

Auf beiden Maasufeln blieb die Artillerietätigkeit sehr reg.

Deftlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Zeitungsanzeigen über Angebote und Nachfragen von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs im Groß- und Zwischenhandel begegnet werden kann. Es steht zu hoffen, daß die Verhandlungen in Kürze zur Beseitigung der Mißstände führen werden.

Der Hanjabunds-Präsident Rießer Reichstagskandidat.

Für die Reichstagswahl in Heidelberg stellte am Sonntag in Oberbach eine nationalliberale Vertrauensmännerversammlung als Kandidaten den Präsidenten des Hanjabundes, Geheimrat Dr. Jakob Rießer (Berlin) auf.

Keine Obstausfuhr.

Von zollamtlicher Seite wird der „Köln. Volksztg.“ mitgeteilt, daß in diesem Jahre das Verbot der Obstausfuhr streng durchgeführt werde. Die Nachrichten im vorigen Jahre, daß ausländische Händler größere Obstentkäufe gemacht hätten, seien nicht richtig gewesen; auch die jetzigen Gerüchte über ausländische Obstentkäufe entbehren wohl der Grundlage. Wahrscheinlich habe man es mit einem Spekulantentrick zu tun, durch den diesen angeblichen Entkäufen die Schuld an den eigenen Preistreiberien zugeschrieben werden soll.

Schweiz.

Massenangebot deutscher Kartoffeln. Der „Berner Bund“ enthält in einem Bericht über den Kartoffelhandel folgenden bemerkenswerten Hinweis:

„Nachdem noch vor wenigen Wochen eine starke Nachfrage nach Speisekartoffeln bestand und es schien, diese könne angeht, der langsam einlaufenden Zufuhren kaum bedient werden, zeigt sich gegenwärtig eine Überfüllung des Marktes oder doch ein völliger Gleichgewichtszustand. Fürsorgekommissionen und Konsumentenorganisationen ziehen ihre Aufträge zurück, und die Händler, welche noch Ware abzugeben haben, finden nicht genügend Abnehmer. Aus diesem Grunde muß auch der Bund mit der Einfuhr deutscher Kartoffeln ein Ende machen. Diese werden gegenwärtig reichlich angeboten, namentlich auch von Stadtverwaltungen. Ein Beweis, daß Deutschland noch über große Bestände verfügt.“

Es wäre doch interessant, zu erfahren, welche deutschen Stadtverwaltungen ihre Kartoffelvorräte der Schweiz angeboten haben. Das wird das neue Kriegsernährungsamt wohl sehr bald ausfindig machen können.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 31. Mai.

Der Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Freitag nachmittag.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 3. Juni, abends 6 Uhr, stattfindet, soll folgende Tagesordnung erliegen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1. Bereitstellung von 3 000 000 Mark für die Unterstützung von Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften. 2. Bewilligung von weiteren Mitteln für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges. 3. Nachträgliche Bewilligung von Mitteln für die Ausstattung der Heilanstalt Strednik. 4. Arealtausch in Schlutup. 5. Ankauf der Wirtschaftsgebäude „Zum Seetempel“ auf dem Brodter Ufer. III. Antrag Hoff, betreffend die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.), der Polnischen Berufsvereiner und des Bureau für Sozialpolitik mit Eingabe vom 15. April 1916 begehrtten Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reich.

Die Judenarten berechtigen nur noch zur Entgegennahme von 200 Gramm pro Abschnitt oder 800 Gramm im Monat. Der Kommunalverband weist darauf in einer heute im „Kollshoten“ veröffentlichten Bekanntmachung besonders hin.

Ausgabe von Kartoffelarten. Am Freitag, dem 2. und Sonnabend, dem 3. Juni werden die Kartoffelarten erneuert. Die Ausgabe findet in derselben Weise wie bisher statt. Die Ausgabebestellen sind dieselben, nur im Bezirk 5 St. Jürgen I findet sie diesmal im Kolossium, Kronsforder Allee 25 statt.

Bestandserhebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen. Am 31. Mai 1916 ist eine Bekanntmachung betreffend Bestandserhebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen (Wolle, Baumwolle, Flachs, Kamm, Hanf, Jute, Seide) und daraus hergestellten Garnen und Seilfäden erschienen. Diese Bekanntmachung, mit deren Inkrafttreten die früheren Bekanntmachungen W. M. 58/9, 15 RKA. und 600 1. 16. RKA. aufgehoben werden, enthält im wesentlichen nur eine im Interesse der Vereinheitlichung gebotene Zusammenfassung der schon bisher in Geltung gewesenen Bestimmungen bezüglich der monatlichen Meldepflicht und der Lagerbuchführung für die genannten Gegenstände. Änderungen, die sich gegenüber dem früheren Zustand als wünschenswert herausgestellt haben, sind in der Hauptache nur bei der Meldepflicht für Kunstabaumwolle, Postfaser sowie Garne und Zwirne eingetreten. Die Verpflichtung zur Führung eines besonderen Lagerbuches ist für die von dem Verarbeitungs- und Bearbeitungsverbot ausgenommenen Baumwollspinnstoffe und Garne festgesetzt worden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden und in den amtlichen Zeitungen einzusehen und auf den Rückseiten der Meldebücher abgedruckt.

Nachbestandserhebung am 2. Juni 1916. Am Freitag, dem 2. Juni findet auf Anordnung der Reichspolizeistelle eine Vieh-

Bestandserhebung statt, die fortan in vierteljährlichen Zwischenräumen wiederholt werden wird. Sie erstreckt sich auf Rindvieh, Schweine und Schafe und unterscheidet die bei den kleinen Viehhaltungen üblichen Altersklassen. Die Erhebung geschieht durch Umfrage von Haushaltung zu Haushaltung und zwar in der alten Stadt und den Stadtteilen Bornert und Krepeldorf durch Beamte des Statistischen Amtes, in den übrigen Stadtteilen durch die Polizeibehörde und in den Landgemeinden durch die Gemeindevorstände. Über von einem Zähler nicht getroffen oder bei der Zählung übergangen ist, hat bis spätestens zum 3. Juni seinen Viehbestand bei den vorgenannten Stellen anzumelden. Das in der Nacht vom 1. zum 2. Juni auf dem Transport befindliche Vieh ist von deren Begleitern beim Gemeindevorstand bzw. dem Statistischen Amte anzumelden. Wird der Anmeldezeitpunkt nicht erreicht, so hat die Anmeldung unmittelbar nach der Ankunft am Entladeorte zu erfolgen. Verletzung der Anzeigepflicht wird nach § 5 der Bekanntmachung des Reichsanzlers vom 2. Februar 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Reichsbuchwoche vom 28. Mai bis 3. Juni. Man schreibt uns: Wenn wir auf jeden Untergrund, in dem heute unsere Feldgrauen haufen, ein Duzend Bücher rechnen, so kommt eine Riesensumme zusammen; auch bei den Büchern für die Front heißt es mit Millionen rechnen. Wieweil Levestoff insgesamt hinausgewandert ist, kann statistisch nicht festgestellt werden. Die im Gesamtansehen für Kriegsbüchereien zusammengeschlossenen Vereinigungen haben allein über 6 Millionen Bücher geliefert, davon die Gesellschaft für Volksbildung eine halbe Million. Aber das Buch hat im Schützengraben eine geringe Lebensdauer. Es gehen sehr viele Bücher bald zugrunde. Man hat Büchereien für die einzelnen Truppenteile eingerichtet, auch in der Regel alles bestens geordnet, wie sich das ja in unserer Heere von selbst versteht. Aber wenn jeder Leser verpflichtet werden sollte, das geliehene Buch zurückzubringen, — er bringt oft Wertvolleres, das eigene Leben und die besten Glieder, nicht zurück. So muß immer wieder aufgefüllt werden, und wenn wir auch an mandem Mangel haben, Bücher sind immer noch im Überflusse da. Wir sollten mit den Büchern nicht zu sparsam sein. Es müssen Tag für Tag ungezählte Tausende nachgeliefert werden, damit die Millionen zu sein haben. Diese Lücken möglichst auf einmal auszufüllen, sucht die Reichsbuchwoche. In unsern Lübecker Sammelstellen (Näheres darüber im Anzeigenteil dieser Nummer) ist schon erfreulich viel an Büchern eingegangen. Aber es kann des Guten gar nicht zu viel werden und weitere Zusendungen sind sehr erwünscht.

Rolle zum Strumpfsticken. Man schreibt uns: Dem Vaterländischen Frauen-Verein ist es gelungen, abermals eine Sendung Wolle, die durch bedürftige Frauen zu Strümpfen für das Heer verstrickt werden soll, hierher zu bekommen. Die Ausgabe erfolgt am Freitag an den im Anzeigenteil bekannt gemachten Stellen. Da das Kriegsbekleidungsamt erklärt hat, daß es die Strümpfe nur abnimmt, wenn sie zu einer bestimmten Zeit geliefert werden, ist der Verein gezwungen, einen festen Ablieferungstag für die Frauen zu bestimmen und es ist gut, wenn sich nur solche Frauen zum Stricken melden, die in der Lage sind, die Strümpfe schnell zu stricken.

Gemüseverwertungsurteil. In den am Freitag, dem 2. Juni, um 6, 7 und 8 Uhr stattfindenden unentgeltlichen Gemüseverwertungsurteilen, der das Einmachen von Abgarber und Stachelbeeren ohne Zucker u. a. zeigt, sei hiermit erinnert.

Vom Holunderstrauch. Der Holunderstrauch, der für gewöhnlich in den ersten Juni Tagen seine Blütenpracht entfaltet, will heuer, da alles dem Frühling so frühzeitig seinen Zoll abgibt, nicht zurückerbleiben und mit den verschiedensten Blüten in Duft und Farbe mitübeln. Mit Unglüm erstrahlen sich in diesen Tagen seine Blütenknospen und bedecken mit ihren weissen, weithin leuchtenden und stark duftenden Dolben das grüne Blätterdach. Auch auf dem Lande hat man seine besondere Freude an der „Holunderblüte“. Die Hausfrau läßt es sich nicht nehmen, diese zu pflücken und als Tee zu trocknen um in Krantheilstagen ein erprobtes schweißtreibendes Mittel in der Hausapotheke zu haben. Ueberhaupt steht der Holunder beim Landvolk in hohem Ansehen. Er ist ein Erbkind aus den Tagen unserer Väter, das uns in enge Beziehung zu dem Strauche bringt. In ihm, dem heiligen Baum der „Holle“, der Göttin des Hauses, glaubte man für jedes Leiden und Gebrechen ein wirksames Mittel zu finden. So ist es denn auch zu erklären, daß sich früher in jedem Winkel des Hofraums ein Holunderbusch vorfand, und heute noch ist er auf altem Gemäuer ein stummer Zeuge von einst bewohnten Stätten. Vor Jahrzehnten begegnete man auf dem Lande noch der weitverbreiteten Meinung, daß das Holz nicht zum Brennen benutzt werden dürfe, damit der Tod nicht seinen Einzug im Hause halte.

Sonderburg. Zur Lebensmittelnot. Der Landrat des Kreises Sonderburg in Nordschleswig hat, wie er öffentlich bekannt gibt, kürzlich durch Gendarmen in der Gemeinde Holm Revisionen lassen, ob sich die bei den Vorratserhebungen gemachten Angaben mit den tatsächlichen Beständen decken. Dabei hat sich herausgestellt, daß in der Gemeinde nicht weniger als 4000 Pfund Fleischdauwaren, erhebliche Mengen Brotgetreide, Zucker usw. gefunden wurden, deren Vorhandensein verschwiegen wurden. Der Landrat erklärt, daß die schuldigen Personen Strafverfolgung zu gewärtigen haben und die Beschlagnahme der verschwiegenen Vorräte vorbehalten (1) bleibt. Das Ergebnis dieser Revision gibt dem Landrat Veranlassung, alle Preiseingeleiteten aufzufordern, die bisher nicht angegebenen Vorräte an Brotgetreide, Sommerkorn, Fleischdauwaren, Zucker, Kaffee, Tee, Mehl und Kartoffeln bis zum 3. Juni 1916 anzugeben. Wenn die Angaben bis zu diesem Tage erfolgt, soll von der Einleitung eines Strafverfahrens abgesehen werden. Bei wem nach dem 3. Juni noch verschwiegene Vorräte gefunden werden, gegen den soll ohne Rücksicht mit hohen Strafen vorgegangen werden und alle verschwiegenen Vorräte sollen rücksichtslos beschlagnahmt werden. — Die Gemeinde Holm hat nur rund 600 Einwohner. Wenn ein Hamsternester in Stadt und Land ausgedrückt würden, stände es um Deutschlands Volksernährung wesentlich besser.

Emden. Der eingebrachte holländische Segler freigegeben. Der wegen Spionagedacht nach Dortmund eingebrachte holländische Segler „Cormoran“ (nicht „Holland“) ist freigegeben worden, nachdem der Verdacht der Spionage sich als unbegründet erwiesen hat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böhmig, für den letzten übrigen Inhalt Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gemischt in Lübeck.

Zur Aufführung bringe ich hierdurch, unter Bezugnahme auf die Inserate in den Tageszeitungen, zur allgemeinen Kenntnis, daß „Suzol“-Eisig kein sogenanntes Kriegsfabrikat ist, sondern daß „Suzol“ seit einem Jahrzehnt im Handel ist und sich überall eines vorzüglichen wohlverdienenden Rufes erfreut. Inzudem ist „Suzol“ kein lediglich gefärbter Eisig, sondern es ist ein hochfeiner aromatischer Tafel- und Eismacheeisig, der stets sorgfältig und unter Kontrolle eines Chemikers hergestellt wird. Die von dem Gemischten Untersuchungsamt in Altona gemachten Feststellungen sind zweifellos auf einen Irrtum zurückzuführen. Ich stelle jederzeit unter Beweis, auch allen zuständigen Behörden gegenüber, daß meine Firma, die seit 1792 besteht und an erster Stelle in der Eisindustrie figuriert, ständig mit größter Sorgfalt bemüht ist, in „Suzol“ ein dem Preise entsprechendes vollwertiges Fabrikat herzustellen, das unbedingt alle von mir behaupteten Eigenschaften hat und deshalb auch allen Ansprüchen, die man an einen derartigen Qualitätseisig zu stellen berechtigt ist, genügt. — Carl Kühne, Suzol-Fabrikation Lübeck, Gebr. Busch & Wiegels, G. m. b. H., Finkenstraße 61.

Eine Bekanntmachung betreffend Bestands-
erhebung von tierischen und pflanzlichen Spinn-
stoffen (Wolle, Baumwolle, Flachs, Kamie, Hanf,
Jute, Seide) und daraus hergestellten Garnen
und Seilsäden) vom 31. 5. 1916 wird in den
amtlichen Zeitungen und bei den Polizeibehörden
veröffentlicht.

Altona, den 31. Mai 1916.

Stellv. Generalkommando IX. A.-K.
v. Roehl,
General der Artillerie.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Spiritusbezugsmarken.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. April 1916
über die Regelung des Verkehrs mit Branntwein und der dazu
erlassenen Ausführungsbestimmungen verordnet das Polizeiamt:

§ 1.

Der von der Reichsbranntweinstelle für häusliche Zwecke
minderbemittelten Personen gestellte Brennspiritus (Klein-
spiritus) darf nur gegen Vorlegung einer für das läubliche
Stadtgebiet geltenden Bezugsmarke abgegeben werden.

Die Bezugsmarken lauten auf eine Literflasche Brennspiritus.

§ 2.

Spiritusbezugsmarken werden nur ausgegeben an im läublichen
Staatsgebiet wohnhafte Personen mit einem Jahreseinkommen
bis zu Mk. 3000.—, welche Spiritus für Zwecke des
Hausbedarfs gebrauchen, und welche auf dem dafür ausgegebenen
Vordruck erklären, daß in ihrer Wohnung weder Gas noch
elektrische Anlage zu Koch- oder Beleuchtungszwecken vorhanden
ist, und daß sie den Spiritus nur für Koch- oder Beleuchtungszwecke
benutzen, ihn auch nur für den persönlichen Gebrauch verwenden
und ihn nicht verkaufen werden.

Die Richtigkeit der Angaben über das Fehlen einer Gas-
oder elektrischen Anlage in der Wohnung des Antragstellers muß
von dem Hauswirt oder Hausverwalter auf dem Vordruck be-
scheinigt sein. Der Nachweis des Einkommens hat durch Vorlage
des Steuerzettels zu erfolgen.

Die von den Ausgabeverordnungen gestellten Fragen sind wahrheitsgemäß zu beantworten.

§ 3.

Die Vordrucke und die Spiritusbezugsmarken sind vom 5. Juni
ab in Gebrauch zu nehmen.

In Lübeck bei der Geschäftsstelle Breite Straße 63. 1;
in Travemünde, Rüdiger (einschl. Dohsenwerk), Schlutup
und Moisling bei den Polizeibehörden.

Die Verkaufsstellen, bei denen der Spiritus zu entnehmen ist,
werden von der hiesigen Großvertriebsstelle bekannt gegeben.

§ 4.

Die Bezugsmarken werden nach Bedarf ausgegeben, kein
Haushalt darf jedoch mehr als 5 Bezugsmarken im Monat er-
halten. Bei jeder Abholung von Bezugsmarken sind der Steuer-
zettel und der im § 2 erwähnte Vordruck vorzulegen.

§ 5.

Die Spiritusbezugsmarken sind unübertragbar. Sie dürfen
nur für den Haushalt desjenigen, dem sie ausgehändigt sind, ver-
wahrt werden.

Die Bezugsmarke gewährt dem Inhaber keinen Rechtsan-
spruch auf Lieferung von Spiritus gegen den Staat oder gegen
die mit der Abgabe des Spiritus beauftragten Händler.

§ 6.

Zwischenhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften, ins-
besondere die Anstellung und die Vergütung unrichtiger Be-
scheinigungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit
Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

§ 7.

Gewerbetreibende, die vergällten Branntwein in ihrem Be-
trieb verwenden oder weiterverkaufen, haben sich mit einwärtigen An-
trägen auf Bezug von Branntwein an die hiesige Großvertriebs-
stelle, Firma F. J. Straupe, Breite Straße 93, zu wenden.

Lübeck, den 31. Mai 1916.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß auf jeden Ab-
schnitt der Zuckerarten nur noch 200 Gramm Zucker, zusammen-
genommen also nur 800 Gramm verarbeitet und entnommen wer-
den dürfen. Zwischenhandlungen werden auf Grund des § 19
der Bundesratsverordnung vom 10. April 1916 mit Gefängnis
bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert
Mark bestraft.

Lübeck, den 31. Mai 1916.

Der Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Heute, Mittwoch, Verkaufstag der
vom Kommunalverband mit Weizenbrot
hergestellten

Leberwurst 1.50

Erhältlich in den mit entsprechendem
Aushang versehenen Fleischereien und
Wurstgeschäften.

Der Kommunalverband.

Gehört ein Lehrling

Urban, Schneidermeister,
Bismarckstr. 11. (2549)

Ein Lehrling gesucht mit
Gehaltsantrag 1000 bis 1200 Mk.
Bismarckstr. 27.

Ein Lehrling gesucht mit
Gehaltsantrag 1000 bis 1200 Mk.
Bismarckstr. 27.

Ein Lehrling gesucht mit
Gehaltsantrag 1000 bis 1200 Mk.
Bismarckstr. 27.

Ein Lehrling gesucht mit
Gehaltsantrag 1000 bis 1200 Mk.
Bismarckstr. 27.

Ein Lehrling gesucht mit
Gehaltsantrag 1000 bis 1200 Mk.
Bismarckstr. 27.

Ein Lehrling gesucht mit
Gehaltsantrag 1000 bis 1200 Mk.
Bismarckstr. 27.

Willy Westphal,
Korn- und
Getreidehändler,
Bismarckstr. 27.



Max Fischer

Kohlenhandlung

2534

Falkenstr. (Kanalhafen) • Fernspr. 671

empfiehlt

sämtl. Brennmaterialien



(Spezialität: Zentralheizungskoks)

zu den billigsten Preisen frei Haus.



Deutscher Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.

Den Mitgliedern zur
Kenntnis, daß unser Kol-
lege

Ernst Thetz

Landarbeiter

am 28. Mai 1916 im Alter
von 37 Jahren verstor-
ben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet
am Freitag, d. 2. Juni 1916,
nachmittags 2 1/2 Uhr, auf
dem Vorwerker Friedhofe
statt.

Verammlung des Trauer-
gesanges um 1 1/2 Uhr im
„Weigen Stroh“. Um recht
rege Beteiligung ersucht
(2548) Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer- Bund „Solidarität“

Ortsgruppe Schönhöfen.

Gestern morgen 11 1/4 Uhr
entschlief nach langem
schweren Leiden unser lang-
jähriger Bundesgenosse, der
Führer

Georg Billhardt.

Wir werden dem Ver-
storbenen ein ehrendes An-
denken bewahren.

Die Beerdigung findet
am 1. Juni um 10 Uhr von
Babendorf aus in Jarben
statt. (2550)

Kerstl. Sonntagsspiel

am Himmelstempel. 1. Juni
von 1 Uhr ab. (2559)
Dr. Leonhard, Neckerstr. 17.
Dr. Raben, Hüttenstr.-Allee 18.
Dr. Schaefer, Schwabstr. Allee 47.

Glasarbeiten

aller Art off.
C. F. Fuchs, Glasbläser,
Falkenstr. 35, Fernspr. 2808.

Photographien—Postkarten
Vergrößerungen nach jedem Bilde
in feinst. Ausführung zu kleinst. Preis.
Atelier „Modern“
39 Breite Straße 39.
Hans Hirschfeld. (2535)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre
Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4, Markt 11.

Abg. des Rath-Spreng. Lübeck.

Zur Aufklärung.

Suro
Suro
Suro
Suro
Suro
Suro

ist kein Kriegsfabrikat, sondern seit einem Jahrzehnt eingeführt, wird es anderen
Fabrikaten gegenüber stets bevorzugt.

wird überall in gleich vorzüglicher Beschaffenheit und Reinheit geliefert und nach-
weislich besser, als die sonst im offenen Handel befindlichen Essige.

ist auch ein ganz besonders feiner, unbegrenzt haltbarer Einmache-Essig. Aner-
kennende Urteile v. Verbänden, Fachleuten u. Hausfrauen steh. jederzeit z. Verfügung
hat sich von Jahr zu Jahr mehr Freunde erworben und darf wegen seiner Vor-
züge in keinem Haushalte fehlen.

wird, um Verälschungen vorzubeugen, mit Verschlussstreifen versehen, auf welch. sich
der Vermerk befindet, daß d. Ware unt. Kontrolle eines Nahrungsmittelchemikers steht.

ist der erste, bekannteste und weit verbreitetste Flaschensessig Deutschlands, in
mehr als 10 000 Verkaufsstellen zu haben. 2544

Carl Kühne, Essig- und Senf-Fabrik, Suro-Abteilung Lübeck.

Geb. Buck & Wiegels, G. m. b. H., Lübeck, Fischergrube 61. Fernr. 217.

Bildereinstellungen Bilderleisten

Oscar Tauchnitz, Glasblä-
ner, Falkenstr. 35, Fernspr. 2808

Wieder eingetroffen!!!

Griech. = Maisgriech

Gerstengrütze

Himbeer- u. Kirschsaff

la. Apfelwein

Bouillonwürfel 3 für 10 Big.

Holzpanzern mit Leder

Apfelkraut (mit Marmel.)

ohne Brotporte!!!

braune Gewürzkuchen

Pflastersteine

Schiffszwieback

saure Aal u. Lachsforellen

in 1-Pfd.-Dosen

Hühnerfutter

Salzgurken. (4549)

Ludwig Wiegels

Fischergrube 61. Fernspr. 8647.

Vaterländischer Frauenverein

Ausgabe von Stridwolle

am Freitag, dem 2. Juni, von

5—6 Uhr bei Frau Kühn, Am

Markt 4, Frau Prof. Kummel,

Bismarckstr. 13, Frau Pastor

Mildenstein, Weisinger Allee 96,

Frau Hauswart Stücken,

Richtstr. 7 und in der Zentrale

am Roten Kreuz, St. Annen-

straße 2, vormittags von 9—11

und nachmittags von 3—5 Uhr.

Drucksachen aller Art

liefert schnellstens

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Feldpostkarten

10 Stück 5 Pfennig

hält vorräufig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt.

Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zentrale für private Fürsorge.

Unentgeltlicher

Gemüßeverwertungs- - Kursus

Freitag, den 2. Juni,

nachmittags um 6 Uhr, 7 Uhr

und 8 Uhr.

Haushaltungsschule, Ziegelstr. 4.

Abstinenz-Café

Untertrave 100

Als gemüthlicher Aufenthaltsort bei soliden Preisen
ist mein Lokal bekannt. Aufmerksame Bedienung.

Hochachtungsvoll

P. Radike.

2546

Reichs-Buch-Woche

28. Mai bis 3. Juni 1916

veranstaltet vom Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz.

Unsere Millionenheere brauchen Millionen von Büchern. Jeder helfe mit, durch gute
Bücher unsern tapferen Kriegergeistige Nahrung zu schaffen! Wer im eigenen Bücher-
schrank keine passende Gabe hat, findet in den Buchhandlungen, die darauf vorbereitet
sind, reiche Auswahl zu billigen Preisen.

Annahmestellen in Lübeck: W. Behlendorf, Häfstr. 71, Lübeck & Nöhring,
Breite Straße 31, R. Lübeck, Königstraße 41, Bernh. Nöhring, Breite Straße 61a,
R. Quitzow, Breite Straße 97, G. Welland, Königstr. 70/72, Öffentliche Bücher-
und Leshalle, Mengstr. 23, Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstr. 2.
Wohnungsbücher sind bei den Annahmestellen zu haben. (2533)

Die Lübecker Vereine vom Roten Kreuz.

Die Organisation der Volksernährung

Am Montag trat die Budgetkommission des Reichstages in die Beratung der neuen Organisation der Volksernährung ein.

Zu dem bereits veröffentlichten Organisationsplan beantragen die Sozialdemokraten und Fortschrittler, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 dahin abzuändern, daß der Vorsitzende des Kriegsernährungsamtes in wichtigen Fragen erst entscheidet, wenn er neben dem Vorstand auch den Ernährungsbeitrag des Reichstages gehört hat.

- Das Zentrum beantragt eine Resolution, die u. a. fordert:
1. in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes je einen Vertreter der norddeutschen und süddeutschen Erzeuger zu berufen;
 2. den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes einen aus 16 Mitgliedern des Reichstages bestehenden Ernährungsbeitrag zu beauftragen, welcher wie der Vorstand in wichtigen Fragen zu hören ist und das Recht hat, Anträge zu stellen.

Die Entscheidung in Ernährungsfragen bleibt, wie der Referent Graf Westarp mitteilt, in der Hand des Reichskanzlers, dem aber neuerdings eine Reihe weiterer Befugnisse durch den Bundesrat übertragen worden sind. So kann er in dringenden Fällen Verordnungen erlassen; er muß sie aber nachträglich dem Bundesrat vorlegen. Neu ist, daß der Reichskanzler den bundesstaatlichen Behörden direkt Anweisungen erteilen kann. Ob diese neue Regelung staatsrechtlich haltbar ist, kann nach Ansicht des Referenten zweifelhaft sein; aber es wird von seiner Seite Wert darauf gelegt werden, diese Fragen jetzt aufzurollen. Gleichwohl sollen diese Bedenken wenigstens konstatiert werden, denn es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als ob die bundesstaatlichen Instanzen versagt hätten. Jedenfalls dürfen aus den Rechten, die dem Reichskanzler eingeräumt sind, keine Folgerungen für die Zukunft gezogen werden. Die Frage bedarf noch der Klärung, wie das Verhältnis des Kriegsernährungsamtes zur Heeres- und Marineverwaltung steht. Die Bedürfnisse von Heer und Flotte müssen in erster Linie berücksichtigt werden. Graf Westarp bemängelt dann, daß die Landwirtschaft in dem Vorstand des neuen Amtes nicht vertreten ist. Vornehmste Aufgabe des Präsidenten muß sein, einen einheitlichen Wirtschaftsplan für die kommende Ernte aufzustellen. Weiter muß das neue Amt unter Benutzung der Presse Aufklärung verbreiten. Die Konzeptionen sind nicht für eine strikte Zentralisation; sie erwarten mehr davon, wenn den einzelnen Bezirken ein bestimmtes Maß von Freiheit gelassen wird.

Abg. Hoff (Soz.) stellt die Frage, ob der Reichstag die Aufhebung der vom Reichskanzler erlassenen Verordnungen beschließen kann. Wie steht es mit der regelmäßigen Einberufung des Beirats und wie gestaltet sich das Verhältnis der Preisprüfungsstellen zum neuen Kriegsernährungsamt? Dringend erforderlich ist eine genaue Statistik über die Ernte. Ueber die Tätigkeit des Beirats müssen ausführliche Berichte der Deputierten übergeben werden.

Staatssekretär Helfferich hält einen anderen Weg, als er jetzt eingeschlagen werden soll, für ganz ungangbar. Durch die neuen Bestimmungen kann der Reichskanzler rasch handeln; er muß nicht erst auf die Beschlüsse der Instanzen warten. Außerdem ist nunmehr die Einheitlichkeit der Durchführung der Verordnungen gewährleistet. Die ganze Kriegswirtschaft wird jetzt zentralisiert. Das Eingreifen der kommandierenden Generale wird künftig in ein einheitliches System gebracht; die Generale haben sich den Anordnungen des Kriegsministeriums zu fügen.

Unterstaatssekretär v. Stein ergänzt diese Ausführungen dahin, daß, sobald das neue Amt funktioniert, die Befugnisse genau begrenzt werden sollen. Der neue Beirat wird neben Vertretern der amtlichen Stellen auch Sachverständige aus allen Gebieten umfassen. Die vom Abg. Hoff geforderte Statistik werde gegeben werden; die Vorräte müssen auch erfasst werden.

Präsident v. Batocki: Ich habe zunächst mit den Dingen so zu rechnen, wie ich sie vorfinde. Ueber Vorräte aus dem Ausland kann ich erst verfügen, wenn sie da sind. Auf die militärischen Behörden kann ich einen zwingenden Einfluß nicht ausüben. Weitergehender sind die Befugnisse gegenüber den Einzelstaaten, auf deren Unterstützung man in der Hauptsache angewiesen ist. Zunächst müssen vorhandene Mängel beseitigt werden. Eine Anzahl Pläne sind bereits fertig. Die größte Sorge macht momentan die Getreideversorgung. Es ist zu hoffen, daß bis Pfingsten der größte Mangel beseitigt ist. Die Klarstellung der Bestände ist sehr notwendig; sie bildet die Voraussetzung für die Möglichkeit der Verteilung. Ein klares Bild kann man trotz alledem nicht gewinnen. Man kann vorhandene Vorräte erfassen, aber auch hier ist eine

gewisse Vorsicht nötig. Wirtschaftlich waren wir für einen Krieg nicht genügend vorbereitet. Die Ernteschätzungen werden nie ein wirkliches Bild der tatsächlichen Erträge geben können. Nicht minder schwer ist das Erfassen der Vorräte angeht, die Tatsache, daß unsere meisten landwirtschaftlichen Betriebe kleinere Betriebe sind. Die Bevölkerung soll durch Mittelung der Tatsachen aufgeklärt werden; übertriebene Rücksicht auf den Eindruck im Ausland ist nicht angebracht.

Abg. Ebert (Soz.): Die Notwendigkeit der neuen Organisation ist leider von der Regierung zu spät erkannt worden. Hätte man im Herbst 1914 scharf zugegriffen, dann ginge es uns heute besser. Es ist ein völlig neues System der Systemlosigkeit eingetreten. Der Wucher hat sich immer mehr ausgebreitet, man hat wenig oder gar nichts dagegen getan. In einem Lande, das mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, mußte der freie Markt längst aufgehoben werden. Die Ausführungen des Präsidenten v. Batocki haben eigentlich wenig Positives enthalten. Die Grundsätze für die Brotverteilung hätten auch auf die Verteilung der anderen Lebensmittel angewendet werden müssen. Bei der jetzigen Bestandsaufnahme von Lebensmitteln muß die Höhe dessen festgestellt werden, was als zum eigenen Bedarf erforderlich behauptet werden darf. Der Handel darf nur noch Hilfsorgan der neuen Organisation sein. Die Verteilung muß Sache der Kommunalverbände sein, denen die Rationierung gesetzlich vorgeschrieben werden muß. Der Gedanke der Massenpeisung muß in die Tat umgesetzt werden. Insbesondere für die erwerbstätigen Frauen bedeutet das eine große Erleichterung, nicht minder auch für die alleinstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Massenpeisung ist allerdings zunächst eine Frage der Organisation. Es ist dringend zu wünschen, daß den Gemeinden zu diesem Zwecke vom Reich Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf der Heeresverwaltung an Lebensmitteln ist richtig; die Art aber, wie dieser Bedarf gedeckt wurde, hat direkt zu Preistreibern und Schädigung der Zivilbevölkerung geführt. Die kommandierenden Generale dürfen in die Volksernährung nicht durch Ausführverbote eingreifen. Die jetzt geübte Schlagbaum-Politik muß verschwinden; für partikularistische Bestrebungen ist jetzt kein Raum. Die Schwierigkeiten, mit denen das neue Amt zu kämpfen hat, sollen nicht verkannt werden; es muß aber daran festgehalten werden, daß das neue Reichsamt der Kritik des Reichstages unterliegt und daß die getroffenen Verordnungen der Kontrolle durch den Reichstag nicht entzogen werden. Die Beiratsmitglieder, mehr Vertreter der Landwirtschaft in den Vorstand zu bringen, sind in keiner Weise berechtigt; viel wichtiger wäre es gewesen, wenn in den Vorstand auch eine Frau berufen werden wäre, wie es auch notwendig ist, den Frauen im neuen Beirat eine Vertretung zu sichern. Neben dem großen Beirat soll aber auch der Ernährungsbeitrag des Reichstages in Funktion bleiben.

Präsident v. Batocki stimmt den Ausführungen Eberts zu; er hält es auch für notwendig, daß Frauen in den Beirat berufen werden. Den Vorstand zu verkleinern ist bedenklich. Man solle es zunächst bei der jetzigen Organisation belassen. Den Vorschlägen Eberts betr. die Massenpeisung stimme er ebenfalls zu. Auch halte er es für notwendig, daß die Gemeinden eine Rationierung durchführen. Die Bestandsaufnahmen an Fleisch soll eine Ausdehnung erfahren. Eine allgemeine Rationierung nach dem Muster des Brotes ist ganz unmöglich.

Abg. Erzberger (Ztr.): Schuld daran, daß die neue Regelung der Volksernährung erst jetzt erfolgt, ist der Bundesrat, der sich stets hinter verfallensmäßige Bedenken verhielt. Das Verhältnis zum Kriegsministerium muß genau geklärt werden, sonst legt man den Keim zu neuen Differenzen. Der Bundesrat darf nur noch in Fragen der Förderung der Produktion hineingreifen. Auf die freiwillige Mitarbeit der einzelstaatlichen Organe ist das neue Amt angewiesen, deshalb muß die Landeszentralbehörde mit der Aufgabe betraut werden, den nötigen Druck auf nicht willfährige Beamte auszuüben. Da die Dezentralisierung sich bewährt hat, soll man sie nicht beseitigen. Die Zusammenziehung des Vorstandes leidet unter dem Mangel, daß Vertreter der Landwirtschaft fehlen, weshalb das Zentrum fordert, daß ein süddeutscher und ein norddeutscher Landwirt mit in den Vorstand berufen werden sollen. Der vom Reichstag geschaffene Ernährungsbeitrag darf nicht ausgeschaltet werden. In diesem Beirat soll künftig auch die Deutsche Fraktion und die Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft vertreten sein.

Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß der Bundesrat die Verordnungen des Reichskanzlers abändern kann. Das Kriegsernährungsamt reorganisiert eigentlich nicht zum Reichsamt des Innern, muß aber wenigstens in der ersten Zeit im engsten Zusammenhang mit dem Reichsamt des Innern stehen. Gegen die Landeszentralbehörden kann das neue Amt nicht arbeiten; es soll mit diesen Behörden arbeiten. Theoretisch ist es richtig, daß ein

widerwärtiger Beamter bestraft werden kann; in der Praxis dürfte dieser Fall kaum eintreten.

Staatssekretär Helfferich erklärt, daß es seinen Wünschen entspricht, das neue Amt so rasch als möglich in organisatorischer Beziehung völlig selbständig zu machen. Aber das Reichsamt des Innern kann nicht ganz ausgeschaltet werden. Gehegberische Vorarbeiten auf seinem Gebiet macht das Kriegsernährungsamt selbständig.

General v. Owen teilt mit, daß die Heeresverwaltung in enger Verbindung mit dem neuen Amt stehen werde, genau wie dies bisher mit dem Reichsamt des Innern der Fall war. Die oberste militärische Stelle kann aber nicht einer anderen Stelle untergeordnet werden. Die ergangene Ordre bestimmt ausdrücklich, daß die militärischen Befehlshaber die Anordnungen des Kriegsernährungsamtes, der in der neuen Organisation vertreten ist, zu befolgen haben. Die Generale haben also kein Recht mehr z. B. Ausführverbote aus ihren Bezirken zu erlassen.

Abg. Böhm (Nat.) begrüßt diese Erklärung, von der sich eine klare Abgrenzung der Befugnisse verriecht. Daß Landwirte in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes berufen werden müssen, sei eine Selbstverständlichkeit. In einzelnen Bezirken Deutschlands herrscht offenbar noch Ueberfluß, so insbesondere in Mecklenburg; diesem Staat möge Präsident v. Batocki zuerst einen Besuch abstatten. Redner erörtert dann eine lange Reihe agrarischer Wünsche, deren Beachtung er dem Präsidenten dringend empfiehlt. Unterstaatssekretär v. Stein bemerkt, daß es dem Vorstand des neuen Amtes an landwirtschaftlichen Sachverständigen nicht fehle. Wenn es der Reichstag aber wünscht, werde man erwägen, einen Landwirt zuzuziehen. Der parlamentarische Ernährungsbeitrag kann aber dem neuen Amt nicht angegliedert werden. Seine Wünsche aber sollen nach Möglichkeit beachtet werden.

Abg. Dr. Koesike (Vd. d. L.) verlangt, daß in den Vorstand auch Landwirte berufen werden; aber man soll sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß kleine Landwirte dabei sein müssen. Diese und auch die Kleinrentner sollen eine Vertretung im Beirat bekommen. Die Landwirte, die Futter bauen, müssen unter allen Umständen das Recht haben, zunächst ihren eigenen Bedarf zurückzubehalten. Dringend muß davor gewarnt werden, zu sehr in den bäuerlichen Betrieben herumzuschneffeln, sonst werden die Landwirte unnumtig.

Staatssekretär Helfferich tritt einigen Ausführungen des Vorredners entgegen und stellt fest, daß es nie die Absicht der Regierung war, einen Lebensmittelmarkt zu schaffen. Durch die neue Organisation wird ein rascheres Handeln ermöglicht; es muß nicht immer erst der Bundesrat verhandeln und beschließen. Die bisher bestehenden Hemmnisse sind jetzt beseitigt. Wenn sich herausstellt, daß dem Präsidenten Batocki größere Machtbefugnisse eingeräumt werden müssen, dann wird das geschehen. Das Kriegsernährungsamt untersteht direkt dem Reichskanzler, aber es kann nicht einfach vom Reichsamt des Innern völlig losgelöst werden. Der sozialdemokratische Antrag, der dem Ernährungsbeitrag einen größeren Einfluß verschaffen will, ist praktisch nicht durchführbar, weil damit die Schnelligkeit des Handelns beeinträchtigt würde. Die Entscheidung über Ausfuhr, Durchfuhr und Einfuhr hat sich der Reichskanzler ausdrücklich vorbehalten.

Präsident v. Batocki versichert, daß er nicht schematisch arbeiten, sondern den Bedürfnissen der Allgemeinheit Rechnung tragen werde. Auf einen Schlag kann das neue Amt nicht eingerichtet werden. Bei der Auswahl der Personen hat die Regierung eine durchaus glückliche Hand gehabt. Die Situation ist so ernst, daß das Interesse der Erzeuger für die nächste Zeit nicht berücksichtigt werden kann. Vor allen Dingen muß die Not gelindert werden; selbst auf die Gefahr hin, daß einmal kurze Zeit mit unserem landwirtschaftlichen Fleiß Raubbau getrieben werden muß.

Abg. Jhr. v. Gamp verlangt, daß die Kompetenzen des Reichstages gegenüber dem Kriegsernährungsamt sehr genau festgelegt werden. Vor einer zu strengen Zentralisation ist zu warnen. Die Gemeinden müssen eine strenge Kontrolle über den Verbrauch führen, aber vor einer zu weit getriebenen Rationierung kann nicht genug gewarnt werden.

Abg. Hoff (Soz.) begrüßt es, daß Präsident v. Batocki für die nächste Zeit wenigstens die Interessen der Erzeuger in den Hintergrund treten lassen wolle. Herr v. Oldenburg hat die Bauern direkt aufgefordert, die Verordnungen des Bundesrats nicht zu befolgen. Im Interesse der Volksernährung liegt es, den Viehstapel nicht größer zu halten, als er auch tatsächlich ernährt werden kann. Für das Verfüttern von Getreide sind strenge Strafen am Platze, deshalb haben die Fortschrittler beantragt, den Herrn Reichskanzler zu erlauben, Bestimmungen zu erlassen, wonach bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen des Bundesrats und des Kriegsernährungsamtes der gesamte aus der Zuwiderhandlung sich er-

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Saring).

81. Fortsetzung.

Der Wurm ist mir lieb, die Nachtule, die Motte, die sich verbrennt, lieber sind sie mir als diese Aufgeblasenen, die aus trüben Abzugsgräben ihre Lampen füllen und je schwächer sie brennen, je größer ihre Annäherung. Sie sehen nicht, sie können's nicht sehen, daß die Welt in wüste Barbarei verfällt, daß, wenn sie freigen, das Schöne untergeht, das Große und Ehrwürdige, der Gott im Menschen, das, worauf wir stolz sein mögen. Sie sehen nicht den Abgrund von Nüchternheit, wo die wüste Selbstsucht, die Akerweishheit der Natur sich tummeln wird, und wir, wir sollen den Blinden nicht die Augen aufreißern, den Tauben nicht ins Ohr schreien! Die Mathematisiertheit tröstet sich mit dem frommen Spruch: Ist's Gottes Werk, so wird's bestehen, ist's Menschenwerk, wird's untergehen! Was ist denn Gottes Werk hier, wo nicht wir die Werkleute waren? Was ist denn diese hochheilige Tradition, dieser Turm, höher und feister als der von Sabel, was ist die katholische Kirche anders als Menschenwerk, von Gottes Geiße geleitet und durchglüht. Und an diesen Dom, vor dessen Wölbungen, Pfeilern und Türmen wir auf den Knien liegen müßten, uns selbst anbetend, denn etwas Größeres, Höheres und Schöneres hat der Menschengeist nie gebaut, an diesen Dom legen sie Sturmleitern, mit Fingern wollen die Kleinen das Werk ihrer großen Väter zerklaffen! Der nicht erlag wie der von Sabel, eh' er fertig ward, der Stimmverwirrung, der anderthalb tausend Jahre den Stürmen widerstand, dies Werk der Riesen, unserer Väter, will das Pygmäengeschlecht zerstören! Ja, die Sprachverwirrung brach los. Schweizer und Wittenberger liegen sich schon in Marburg in den Haaren, die Silberfärmer, das Interim, und welches ungeborne Hähnlein wird noch auf dem Ei gackern! Sie uneins, wir uneins, niemand versteht sich. Mutter Gottes, gerieten und gelobt in Ewigkeit, ich bin nicht uneins mit mir.

Hans Jürgen dachte wohl bei sich, wie schlimm muß es doch mit einem Herrn stehen, der einem Diener, wie ich bin, solche Gedanken vertritt: der Kurfürst hatte ja niemand mehr, denn er etwas vertrauen konnte; das bedachte Hans Jürgen nicht. Aber da sah er ein anderer Gedanke in sein Herz, der wie ein Funke auf Zunder fiel, und die Flamme schlug hell auf und rötete sein Gesicht, daß er's nicht mehr bergen konnte, und als Joachim die Hand über auf die Schulter legte und ihn starr ansah, mußte es bangen.

Räte bemerkte. „Sprich weiter,“ sagte er kalt, es war eine Kälte, die einen andern stumm gemacht hätte.

„Wer alles schlecht macht um sich her, und alles grau ansieht, da sollte ich meinen, dem müßte am Ende vor sich selbst grauen. Und wenn ich träumte, daß alle Menschen in Grund und Boden verdorben wären, bis auf einen, und dann sähe ich in den Spiegel, und der eine wäre ich; da, Herr, würd's mich schauern, ich würd' mich beim Schopf fassen, auf die Brust würd' ich schlagen: verjuche mich nicht; das ist wohl Hochmut, der zu Fall bringt, daß ich allein klug und allein besser sein will als alle anderen.“

„Und was noch,“ sprach der Fürst.

„Da verneigte sich Hans Jürgen tiefer als er es sonst getan: „Das mehr noch verzieht mir der Respekt auszusprechen.“

Es war eine Weile still. Der Kurfürst fragte ihn nicht.

„Das läßt ja wie Pilze in meinem Lande auf,“ sprach er dann sich räufelnd, „von Leuten, die selbst denken wollen und ein eigen Urteil befürken. Selbst aus der Jauche; Gottes Wunder! Geht nun, Herr von Bredow.“

„Nach Regensburg?“

„Dorthin werd' ich Krauchwitz senden, oder auch einen andern. Wenn du zu den Fürsten sprichst, wie zu mir, müßt' ich sorgen, daß mir das ganze Reich auf dem Halbe läge.“

„Hans Jürgen Bredow!“ rief Joachim mit gehobener Stimme den Ritter von der Tür zurück, wohin er, nach einer zweiten klammernden Verbeugung, sich gewandt. — „Du mußt. — Ich weiß, du mußt; das ist dir gegönnt, wie jedem. Ihr alle könnt das Strafgericht von damals noch nicht vermeiden. Mit trunnenem Rücken steht ihr vor meiner Schwelle und innen locht es. Deine Familie hängt im geheimen der neuen Lehre an, ihr verkehrt mit Wittenberg, ihr schaffst herüber und hinüber. Das alles weiß ich; müßt, ehe du es aussprichst, wie du wagst über deinen Fürsten zu urteilen. Verziehen sei es dir; doch ein so dreister Mund gehört nicht in die Nähe eines Fürsten. Nicht ich, die Ehrjurat des Thrones fordert es. Meines Dienstes, der dir nicht mehr behagt, bist du von morgen quitt; doch nimm auf den Weg die Warnung: laß dich's nicht gelüsten, weil du, verwohnt, im warmen Kette meiner Gunst groß gezogen bist. Mein Großvater Albrecht war klüher, mein Vater Johannes ein undieglam Eisen; ich will das Blei sein; das euren Klattermut niederdrückt.“

Ein drittes Mal verneigte sich Hans Jürgen: „Ich stand auch dem Hausstand der durchlauchtigsten Frau vor. Bin ich daraus auch entlassen?“

Darüber wird Frau Elisabeth beschließen. Bis dahin bleibt du ihr Diener, hold, treu und gewärtig ihr zu allem wie es deine Pflicht.“

„Ich, Vater, was bist du böse,“ sagte die kleine Prinzess Elisabeth, welche durch die Tür in der Vertiefung eingetreten war. „Bin ich's!“ und er maß die Stube voll ohne das Kind anzusehen; es mußte doch etwas Besonderes sein, daß sein Liebling zur

Schlafenszeit durch den geheimen Gang, der von der Kinderstube nach seinem Zimmer führte, zu ihm schlich.

„Ach, Vater, du bist auch zornig. Was will die Jungfrau Maria dazu jagen?“

„Was?“

„Daß du zornig zu Bette gehst: sie will's ja nicht.“

„Sie will's auch nicht, daß ein Knecht einem Herrn droht.“

„Das tat der ander auch.“

„Welcher andere?“

„Der zu Mutter kam.“

Joachim sah jetzt die Tochter ernsthafter an, er setzte sich und nahm sie in seinen Arm: „Wer kam zur Mutter?“

„Niemand,“ ernt den roten Streifen von der Stirn fort, ich fürchte mich vor dir. Das brennt ja.“

„Du ätztst.“

„Sie wollen an mein Bett kommen, der fremde Mann mit der Mutter und mich betrogen und beispochen, ich weiß nicht was. Da fürchtete ich mich und lief fort. Sie sollen mich nicht beispochen, Vater, du mußt es nicht leiden.“

„Du hast geträumt. Deine Mutter liebt dich.“

„Nein, sie haßt mich, seit ich bei der Prozession war, und darum rief sie den grimmigen Mann. Der sprach noch viel böser als Hans Jürgen zu dir sprach, und trat mit seinen Sporenstiefeln auf, daß mir bange ward.“

„Ein Kriegsmann, ein fremder, zu dieser Stunde? Sprich deutlicher.“

„Erst mar er wie ein Soldat. Als er so böse mit der Mutter ward, hielt ich's nicht aus, ich sprang auf und sah durch das Schlüffelloch.“

„Und was sahst du?“

„Da war er kein Kriegsmann mehr. Er hatte ein schwarzes Habit übergeworfen und ein Barett, wie der Präbikant neulich, den sie aus der Stadt brachten.“

„Elisabeth, es wird Mustulus gewesen sein; der Hoiprediger trägt auch ein so schwarz Habit.“

„Nein, Vater; Mutter sagte, von dem wolle sie nicht den Wein geschenkt nehmen.“

„Sie trank Wein?“

„Aus einer Flasche goß er's ein, in den Kelch, den der Doktor Luther ihr eprek geschickt; und Mutter trunkte und ätztete. Der fremde Mann sagte es ihr; sie aber jagte: sie ätztete vor Seligkeit. — Mutter Maria, wie schrecklich siehst du aus. Dein Gesicht wird ja —“

„Weiter!“

„Es ist nichts Böses, Vater. Oheim Christian und der Ohm von Sachsen schickten Mutter den Wein.“

gebende Nutzen eingezogen und daneben auf eine angemessene Geld- oder Gefängnisstrafe erkannt werden muß. Es ist keine fühlbare Bestrafung, wenn ein Lederfabrikant, der infolge seiner Verlöbte gegen die Gehehe Zehntausende verdient hat, eine Geldstrafe von 1500 Mk. bekommt.

Abg. Herold (Ztr.) befürchtet, daß das Kriegsernährungsamt derart in den Betrieb der Landwirtschaft eingreifen wird, daß ein Uebermaß von Unzufriedenheit entsteht. Deshalb müssen einige Landwirte in den Vorstand berufen werden. Ueber die Pläne des neuen Amtes wisse man bis jetzt eigentlich noch gar nichts, deshalb sei es doppelt wichtig, daß dem parlamentarischen Ernährungsbeirat ein weitgehender Einfluß eingeräumt wird.

Präsident v. Satoxi erklärt, daß er keinen Widerspruch gegen eine Verstärkung des Vorstandes auf sechs und dem Reichsfiskus vorzuschlagen werde, zwei Vertreter der Landwirtschaft zu ernennen.

Unterstaatssekretär v. Stein stellt noch einmal fest, daß der parlamentarische Beirat vielleicht später, nicht aber schon jetzt dem Kriegsernährungsamt beigegeben werden kann.

Abg. Wurm (Soz. Arb.) empfiehlt, daß der Präsident des Kriegsernährungsamtes dafür sorgen möge, daß die öffentliche Kritik an den Ernährungsfragen freigegeben würde. Hoffentlich wird im Vorstand mit dem Grundsatz seines Mitgliedes v. Braun gebrochen, daß Höchstpreise das Volk zum Sparen bringen. Die preußischen Verwaltungsstellen haben bisher am meisten passiven Respekt geübt. Den Gemeinden müssen Vollmachten gegeben werden, ihre Anordnungen auch durchzuführen. Die Angelegen, die in Berlin wegen Ueberfischung der Preise schon vor Monaten erfolgt sind, können zum Teil heute noch. Die Beschlüsse des Beirats werden jetzt hoffentlich mehr beachtet als seither. Die Rationierung hat nur Zweck, wenn sie für das ganze Reich erfolgt. Aber die Preise müssen auch so gehalten sein, daß sie von den Massen auch bezahlt werden können. Was aber soll mit der künftigen Ernte geschehen? Darüber ist bis jetzt nichts gesagt worden.

Präsident v. Satoxi meint, daß man jetzt an dem System der Höchstpreise nichts ändern kann. Die Erweiterung der Machtvollkommenheit der Gemeinden werde erwoogen.

Abg. David (Soz.) erblickt in dem neuen Amt eine Instanz, die ohne Rücksicht vorgehen kann. Wenn sie aber sich erst an die Landeszentralbehörden wenden muß, dann schwächt man ihre Stofkraft. Diese ist aber gerade gegenüber preußischen Behörden sehr notwendig. Bedauerlich wäre eine Erweiterung des Vorstandes, indem schon jetzt die Interessen der Landwirtschaft stark vertreten sind. Die Interessen der Konsumenten haben demgegenüber eine weit schwächere Vertretung. Besser wäre es, eine Frau in den Vorstand aufzunehmen. Den parlamentarischen Beirat will man ganz offenbar zum fünften Rad am Wagen machen. Dieser Beirat gehört zur Exekutive, nicht zum Reichsfiskus, der gerade diesen Teil seiner Befugnisse abgetreten hat. Es ist eine sehr wichtige Aufgabe des neuen Amtes, das Publikum aufzuklären, damit es in dieser schweren Zeit durchhalten kann. Das Publikum muß aber auch zur Mitarbeit herangezogen werden, damit dem Käufer endlich mit Erfolg zu Leibe gegangen werden kann.

In der weiteren Debatte beiprucht Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) die Frage der Höchstpreispolitik und weist darauf hin, daß eine der wichtigsten Fragen die der Rationierung sei. Auf diesem Gebiete hat die bisherige Organisation völlig versagt. Der Handel hat große Vorräte einfach veräußern lassen. Höchstpreise müssen in dem Moment eingesetzt, in dem die Preise steigen. Auch bei der Massenpreisung ist darauf zu sehen, daß die Preise so festgesetzt werden, daß sie auch bezahlt werden können. Surrogate sollten nur dann zum Markt zugelassen werden, wenn sie vorher untersucht und wenn der Preis angegeben ist.

Abg. Graf Helldorf (Kons.) warnt davor, zu tief in die Privatwirtschaft einzugreifen und empfiehlt eine bessere Ausnutzung der bestehenden Gebiete.

Abg. Czerni (Soz.) hebt noch besonders hervor, daß die überarbeitende Bevölkerung am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Selbstverständlich soll erlassen werden, was für die Zukunft notwendig ist. Das Verhalten der Gerber-Kameradschaft-Gesellschaft, die von Lamm 3 Mt. Provision berechnet hat, ist auf das allerhöchste zu verurteilen. Ein Jahr lang hat sie die Provision auf 2 Mt. herabgesetzt worden und damit immer noch hoch genug. Mit dieser Gesellschaft sind Beiträge geschlossen worden auf Lieferung von Gerben zur Herstellung von Geweben und Bekleidung. Hier wäre es Pflicht des Reiches gewesen, die Preise ein wenig zu mindern. Der Direktor der Gerber-Kameradschaft-Gesellschaft hat nicht weniger als 60000 Mk. Gehalt pro Jahr ein solches Jahr einnehmen können.

Damit war in der Debatte die Debatte erschöpft. Die Entscheidung über die Anträge wird später vorgenommen. Die Sitzung über die anderen Punkte wurden Dienstag fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des Abgeordneten Volkshelden.)

55. Sitzung. Mittwochs 11 Uhr.

Berlin, 20. Mai.

Im Bundesratszimmer: Staatssekretär Helfferich.

Kleinere Anfragen.

Den der sozialdemokratischen Fraktion angehörigen Abgeordneten Dr. Koenig wird eine von dem Reichstag an den Reichsausschuss für den 6. September 1915 gestellte Anfrage beantwortet. Die Anfrage lautet: „Sind die in der Reichsregierung bestehenden Ausschüsse für die Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft zu erweitern?“ Die Antwort lautet: „Die Reichsregierung hat die Möglichkeit, die Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft zu erweitern, wenn die Angelegenheiten der Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft zu erweitern sind.“

Abg. Helfferich (Kons.) fragt, wie es sich mit dem Verbleib der in der Reichsregierung bestehenden Ausschüsse für die Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft verhält. Die Antwort lautet: „Die Reichsregierung hat die Möglichkeit, die Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft zu erweitern, wenn die Angelegenheiten der Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft zu erweitern sind.“

Fortsetzung der Tagesordnung.

Abg. Koenig (Soz.): Die Herren Dietrich und Hirsch haben die Debatte über die Zensur zur Propaganda für den nächsten Tag verschoben und die parlamentarische Verantwortung dafür übernommen. Dagegen muß ausdrücklich bemerkt werden, daß die Zensur für den nächsten Tag verschoben ist, weil die Angelegenheiten der Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft zu erweitern sind. Die Reichsregierung hat die Möglichkeit, die Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft zu erweitern, wenn die Angelegenheiten der Ernährung der Bevölkerung in der Zukunft zu erweitern sind.

Maß von Unerschämtheit. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) gegen das die Regierung entschieden vorgehen mußte. Wir verbitten uns das Hineinrücken der Zensur in die Reichstagsberichte. Es ist höchste Zeit, daß den Herren Mores gelehrt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Dietrich hat mitgeteilt, daß ein kommandierender General auf Vorhaltungen erklärt hat: wir sind die Regierung, wir sind der Bundesrat, wir sind der Reichstag. Wir haben aber nicht vom Regierungssitz gehört, es werde Vorbehalte getroffen werden, daß ein solcher Ausbruch von Größenwahn die erforderliche Dämpfung erfahren wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wäre es der Regierung Ernst mit ihren Versicherungen, so müßte ein solcher Herr sofort fallgesetzt werden. Der Staatssekretär versicherte, Versammlungen über die Ernährungs- und Steuerfragen seien zugelassen. Das ist irrig. Die Verhinderung derartiger Versammlungen hat in Sachen z. B. noch in den letzten Tagen stattgefunden. Die beabsichtigte Wirkung wird dadurch natürlich nicht erreicht, im Gegenteil würde bei freier Erörterung weit weniger Unzufriedenheit entstanden sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Kriegspolitische Fragen dürfen nach wie vor nur dann besprochen werden, wenn die Redner sich der Zensur unterwerfen. Natürlich wird aber eine Propaganda durch solche Einschränkung in das Versammlungsrecht nicht verhindert, wie die vielbesprochene Schächerische Petition deutlich gezeigt hat. Die Regierung sollte doch durch ihre früheren Erfahrungen wissen, daß dadurch nur unterirdische Ausnahmen hervorgerufen werden, die weit mehr Erbitterung auslösen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Immer bedenklicher werden die Maßnahmen der Zensur, man ist zum Eingreifen ins Petitionsrecht und zur Verletzung des Briefgeheimnisses gekommen. Was man den Inhalt der Schächerischen Eingabe für noch so schäblich halten, der Eingriff gegen das Petitionsrecht muß aufs allerhöchste verurteilt werden. Namens meiner Freunde erhebe ich mit aller Schärfer Protest gegen die Beschränkung der persönlichen Freiheit, die eine ganze Reihe von kommandierenden Generalen durch das Verbot der Freizügigkeit der Landarbeiter vorgenommen haben. Bei ihren hohen Gewinnen können unsere Agrarier die Arbeiter durch bessere Bezahlung halten. Es ist das eine Maßnahme in ganz einseitigem Interesse der Agrarier. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch die Art, wie das Berliner Oberkommando mit dem Verrat der Landarbeiterorganisationen umspringt, zeigt die einseitige Parteinahme für die Agrarier. — Geradezu ruinierend wirken die Maßnahmen vieler kommandierenden Generale gegen die Kinematographentheater, die sich doch im Felde als recht segensreiche Einrichtungen bewährt haben. Unparteilichkeit ist überhaupt mit dem Wesen der Zensur unvereinbar. Bei gutem Willen lassen sich Härten vermeiden, wie die Erfahrung in einzelnen Korpsbezirken zeigt, um so größere Empörung müssen die Uebergriffe in anderen Bezirken auslösen. Dagegen helfen aber keine Reden und auch nicht die Resolutionen der Kommission, wenn man keine Zensur bedauern mehr haben will, so muß man die Aufhebung der Zensur fordern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gemäß ist die Handhabung milder geworden, speziell in der Ernährungsfrage. Selbst amtliche Stellen führen eine Sprache gegen den Lebensmittelwucher, die vor wenigen Wochen noch in der Presse verboten war. So habe ich hier ein Flugblatt „gegen Wucherer und Hezer“, worin von den gemeinlichstlichen Begehrungen gesprochen wird, und unterzeichnet ist dieses Flugblatt von dem kommandierenden General von Haugwitz. Man hätte ruhig und offen zugeben sollen, daß mit unter einer Knappheit an Lebensmitteln leiden. Daß man sich jetzt erst dazu entschlossen hat, ist viel zu spät, und im Ausland wird damit gewiß nichts Neues gesagt. Wie wir über die Vorgänge im Ausland informiert werden, so wird auch das Ausland über die Verhältnisse bei uns unterrichtet. Die Lebensmittelkrise waren gewiß nicht angenehm, aber doch auch nicht sonderlich aufregend. Weil aber nichts darüber geschrieben werden durfte, kamen die übertriebenen Gerüchte im Umlauf, Dutzende von Toten sollte es gelebt haben, Soldaten, hieß es, hätten geraubert und auf dem Wege in die englische und französische Presse wurde eine vollkommene Revolution daraus. Der stellvertretende Kriegsminister hat sich Ende des vorigen Jahres als Oberzensor für den Reichstag gemeldet. Der Minister der Zensur ehmt ihm jetzt nach. Unter keinen Umständen dürfen wir uns das gefallen lassen. Gelegentlich eines der Vorträge des Staatssekretärs soll richtig die Magdeburger Volkstimme, daß Deutschland von der riesigen Masse von Kopfschneidern für seine Industrie nur einen mäßigen Teil aus seinen Kolonien bezieht. An dieser ganz allgemein bekannten Tatsache nahm der Zensur Anstoß. In solchen Vorlesungen muß der tödliche Versuch werden, sich überall als Schutzhelme vor die Regierung zu stellen. Die Kommission wünscht, daß Zeitungen nur mit Zustimmung des Reichstages verboten werden dürfen. Mit dieser geringen Sicherung können wir nicht zufrieden sein, wir verlangen die völlige Aufhebung der Zensur. Die von der Kommission weiter vorgeschlagene Resolution, daß die Zensur sich auf das im militärischen Interesse unbedingt Gebotene zu beschränken habe, hilft uns nicht weiter. Noch bedenklicher ist die Resolution Ullrich, die die Zensur in nicht militärischen Angelegenheiten den Zivilbehörden übertragen will. Dadurch würde nur eine zweite Zensur eingerichtet und die Schmierigkeiten würden noch zahlreicher werden. Unser Volk und unser Land sind so stark, daß es die ungeschminkte Meinungsfreiheit vertragen und die Zensur entbehren kann. Die Schmierigkeiten der Konzeptionen und Nationalisten über die Zensur sind daraus zurückzuführen, daß sie die räuberische U-Bootkriegspropaganda und ihre Infiltrationspolitik nicht vollständig unterdrücken können. Herr Dietrich hat uns hier auch einen über den Wert der Garde gehalten. (Präsident Koenig) mit dem Redner für diese Zensur zur Ordnung. Alle unsere Truppen haben mit gleichem Eifer zum Gefecht, deshalb laufe man uns mit dem Gedanken in Ruhe. (Sehr richtig!) Herr Dietrich fand es ganz richtig, daß Artikel des Abg. Gortzen unter Zensur gestellt wurden. Wir sehen also, wie er den ersten reaktionären Gedanken weitertrug. Auch bei fehlender Zensur würden reaktionäre Handlungen verübt werden, ja eine größere Beweglichkeit würde vielleicht noch zu mehr Streifen der oppositionellen Presse führen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber deswegen müssen wir doch grundsätzlich die Aufhebung der Zensur fordern. In dem herbeibringenden Artikel, den Herr Dietrich verlesen hat, wurde verlangt, die deutsche Note an Amerika hätte sofort abzulehnen lassen müssen und Herr Dietrich meinte auch mit Hinweis auf diesen Artikel, der weitere Verlauf der Tatsachen hätte der herbeibringenden Auffassung Recht gegeben. Nach der Äußerung meiner Freunde wurde dieser Weg zum Bruch mit Amerika geführt haben und es gehört ein großes Maß von Unbedenklichkeit dazu, dazwischen zu verlangen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Dietrich kann seine Abnung davon haben, wie die Karten unseres Volkes über Krieg und Frieden denken. (Sehr richtig!) Ebenso wie er hat auch Herr Dietrich den räuberischen U-Bootkrieg als Mittel für die rasche Beendigung des Krieges gesehen. Wenn die Frage auch nicht gerade eine ideale Lösung gefunden hat, so veranlaßt die Konzeptionen und nationaldemokratischen Redner die Stimmung im Volke doch in ganz unzumutbarer Weise, es ist unerhört, die Meinung zu verbreiten, der Krieg würde verlängert dadurch, daß der Reichstagsbeschluss ist und der Krieg nicht so geführt wird, wie er geführt werden mußte. Nicht minder bedenklich sind die Darlegungen des Abg. Dietrich, Reimann von Friedensvermittlungen abzuweisen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im den Kreis, den manche Leute glauben können, ist der Friede allerorts nach nicht zu haben. Diese Herren waren sich aber sehr gründlich, wenn sie meinen, im deutschen Volke herrsche ein phantastischer Eroberungswahn. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Leben weiterer Hunderttausender Soldaten muß Spiel zu haben. Selbstverständlich würde sich auch die deutsche Sozialdemokratie die Einstellung gegenüber in unzumutbarer Weise. — Noch bedenklicher waren die Ausführungen des Abg. Dietrich, es müsse weitergehender werden, wenn von angeblich unzumutbarer Seite im Reichstag mit dem Reichstag über die Fortführung des Krieges verhandelt hat, Friedensverhandlungen notwendig werden müssen. Jede Friedensverhandlung werden die Volksmassen in allen kriegsführenden Ländern mit Freuden begrüßen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) ganz gleich, was man zu erreichen, und den amerikanischen Propaganda nachzugehen, gegen solche Bemühungen von der Reichstagstribüne beschimpft zu werden. (Lebh. Just. b. d. Soz.) Ich habe gewiß die Kriegsforderungen Amerikas beklagt und verurteilt. Aber gerade Herr Dietrich hat weniger Anlaß dazu. Vor dem Kriege haben gerade die Nationalisten sich schühend vor das Kapitalkapital gestellt. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Als ich mich dagegen wandte, daß von Deutschland Kriegsmaterial an die Völker geliefert werde, die sich möglicherweise gegen Deutschland wenden, sind gerade Herr Dietrich und seine Genossen dafür eingetreten, daß diese Lieferungen nicht beeinträchtigt werden, und bei den Tatu-Forts sind die deutschen Matrosen von deutschen Kruppkanonen zusammengepflochten worden. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die deutschen Volksmassen wünschen, daß die deutsch-amerikanische Krise so rasch los überstanden wird, wie kürzlich der amerikanische Volkswirtschaftler glaubte feststellen zu können. (Lebh. Just. b. d. Soz.) Unser Volk denkt gar nicht daran, die Tiraden nationalliberaler Heimkrieger zu unterschreiben. (Sehr gut! b. d. Natl.) Es hat sich erhoben, weil die Ueberflutung der Grenzen im Osten und Westen mit feindlichen Missionen bevorsteht. Für die Sicherheit des Vaterlandes sind die Volksmassen zu den Waffen geeilt und sie halten lediglich deswegen aus, weil weder der Zar noch Herr Grey noch Herr Poincaré vom Frieden etwas wissen wollen. Für mehr oder minder phantastische Eroberungspläne weiter zu darben und ungemessene Blutströme zu opfern, dafür verspüren die Volksmassen nicht die allergeringste Neigung. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir erinnern an das Wort des Reichstagsanwaltes, Deutschland führe den Krieg nicht, um andere Völker zu unterjochen. Die Massen des Volkes lehnen es ab, daß von deutscher Seite aus die wahnwitzige Idee der Fortführung des Krieges bis zum Weißbluten propagiert wird wie es in einzelnen unverantwortlichen Presseäußerungen wieder geschehen ist. Wir sind überzeugt, daß der größte Teil des Volkes es geradezu für ein Verbrechen an der Menschheit hält, auch nur von einer solchen Möglichkeit zu sprechen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die völlige Niederwerfung einer der beiden kriegsführenden Gruppe kann nur zur dauernden Spannung in Europa und in der ganzen Welt führen und zu einer dauernden Gefahr der Wiederholung des Krieges. Davon will das deutsche Volk in seiner Mehrheit nichts wissen, es wünscht stattdessen eine dauernde Verständigung zwischen den Völkern, die sich leider heute noch immer zeiglichen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Also wir fordern die freie Erörterung der Kriegsziele, ebenso wie die Herren auf der rechten Seite des Hauses, aber zu dem Zweck, damit wir darauf hinweisen können, daß Not und Elend immer weiter anwachsen, und daß im Felde von den Truppen immer größere Opfer gebracht werden müßten, wenn die Treibereien gewisser Annetionisten von Erfolg begleitet werden. Die Herren Heimkrieger würden ihr blaues Wunder erleben, wenn das Volk über solche Ziele ganz ungeschminkt seine Meinung sagen könnte. Unser Volk begrüßt es mit Genugtuung, daß ganz allgemein in der Welt die Sehnsucht nach Beendigung des Völkermordens wächst, es wünscht nichts mehr als einen Frieden, der ihm Freiheit, Unabhängigkeit und Entwicklungsmöglichkeit garantiert. (Lebh. Beifall! b. d. Soz.)

Oberrst Hoffmann: Die Brief- und Pressezensur ist kein Vergnügen für die kommandierenden Generale. Sie handeln dabei nur in Erfüllung ihrer Pflicht, im Rücken des Heere für Ruhe und Ordnung zu sorgen. (Sehr richtig! rechts.) Sollen die hier vorgebrachten Beschwerden ihren Zweck, Mißständen und Mißgriffen vorzubeugen und abzuwehren, erfüllen, so sollte man scharfe Ausdrücke, wie sie gefallen sind, vermeiden. Der von dem Vorredner erwähnte Erlaß des stellvertretenden Kriegsministers spricht lediglich von der Notwendigkeit, die Verbreitung der Rede des Abg. Bauer „außerhalb der gewöhnlichen Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen“ ins Feld und in das Ausland zu verhindern. Dagegen dürfte nichts einzuwenden sein. (Bravo! rechts. Widerspruch bei den Soz.)

Abg. Gortzen (Vpt.): Der Erlaß ist jedenfalls verfassungswidrig, denn die Verbreitung von Reichstagsreden ist durch die Verfassung gewährleistet. Redner kritisiert das Vorgehen der Zensur insbesondere gegen die deutsche Friedensgesellschaft, deren Organ „Der Völkerruf“ seit November 1913 verboten ist, trotzdem der Herausgeber sich allen Anforderungen der Zensur gefügt habe. Illustrierte Blätter können trotz ihrer leidenschaftlichen Sprache und ihrer Angriffe auf die Regierung weiter erscheinen. Mit dem Rinkenpatriotismus in der Bekämpfung der Fremdwörter machen wir uns vor dem Ausland nur lächerlich. In der Handhabung der Zensur muß endlich Wandel eintreten. Nur in militärischen Fragen und in denen der auswärtigen Politik halten meine Freunde die Zensur für ein notwendiges Übel. Im übrigen hat die Regierung selbst das größte Interesse, daß diese Debatten sich nicht immer wiederholen. Ein Druck auf den Bundesrat durch Ablehnung der Kriegserlöse zu üben, lehnen wir freilich ab, dazu haben wir zuviel patriotisches Verantwortlichkeitsgefühl. Dasselbe verlangen wir aber auch von der Regierung in den militärischen Stellen. (Bravo! links.)

Abg. Stresemann (N.): Die Behauptung des Abg. Kasse, wir wollten nur Freiheit der Erörterung für unsere Kriegsziele, weise ich zurück. Wir wünschen Freiheit für alle Richtungen in dieser Frage. — Die Entschließung des nationalliberalen Zentralvorstandes ist übrigens ebenso in ihrer Verbreitung verhindert worden wie die Rede des Abg. v. Hennebrand, aber Herr Gortzen hat sie in der Zukunft in gemeintlicher Weise kritisieren dürfen. — Die Hand eines wirklich neutralen Präsidenten weisen wir als Friedensvermittler nicht zurück, wohl aber die eines Herrn Wilson. (Lebh. Beifall bei den Natl. und rechts; große Ruhe bei den Soz.) Sie sprechen immer vom Volk, aber auch hinter uns stehen viele Volkstheile, die eben glauben, daß durch energisches U-Bootkrieg der Krieg am schnellsten beendet würde. Des Briefgeheimnis muß da aufhören, wo der Landesverrat anfängt. — In der Zensurfrage sollte die Regierung doch einsehen, daß diese Debatten mehr Schaden bringen, als eine größere Freiheit der Äußerung. (Lebh. Beifall bei den Natl.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstagsanwalter kann nur verantwortlich sein für Zensurmaßnahmen, auf die er einen Einfluß hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebh. Just. links.) Ich habe das letztemal gesagt, wir können hoffentlich mit dem Ausbau der Zensur weiter fortfahren, aber die Debatten haben doch gezeigt, daß eine völlige Freilegung der Zensur auf dem politischen Gebiet und auf dem Gebiet der Friedensziele noch nicht möglich ist.

Abg. Graef (K.): Die jedem Völkerrecht hohnsprechende Kriegführung Englands mit Hilfe seines lauberen Freundes jenseits des Ozeans hat unsere Frauen und Kinder in den Krieg eingezogen. Aber nicht einen Moment denken wir daran, deshalb früher Frieden zu schließen. — Unerhört ist die Mundstümung des Herrn v. Hennebrand, für die Herr v. Jagow die Verantwortung übernommen hat, während die Schmachschrift gegen Herrn v. Hennebrand nicht unterdrückt wurde. Wäse Flammwagen läßt die politische Zensur durch, jedes Wort aber, das von starkem deutschen Selbstbewußtsein getragen ist, wird unterdrückt. Unerhört ist es, daß der Ministerdirektor Gortzen das Flugblatt des Prof. Schäfer in Parallele stellte mit einem Flugblatt von Dietrich, der nach Beschluß des Reichstages mit Jug und Keck wegen Landesverrats hinter Schloß und Riegel ist. (Widerspruch bei den Soz.) Wenn man immer die Rücksicht aufs Ausland in den Vordergrund stellt, so müßten auch die Reden des Reichstagsanwaltes verboten werden. (Heiterkeit.) Wenn wir schweigen, so müssen uns unsere Wähler für eine ganz traurige Gesellschaft halten oder sie müssen meinen, ihre Regierung habe uns in der Kommission irgendwelche geheimnisvollen Witterungen gemacht, die uns überzeugt haben. Das ist aber keineswegs der Fall. Man nehme dem Volke nicht das Mitbestimmungsrecht über seine Zukunft. Nur durch offene Meinungsäußerung kann das geschehen, damit nicht die künftige Feder wieder alles lapidar macht, was das Schwert erwirkt. (Lebh. Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Jagow: Ich kann nur wiederholen, daß der Hennebrandische Artikel verboten wurde, weil er unangenehm auf die Sache betrieblischen Verhandlungen einwirken konnte. Bei dem späteren ihr angeführten Artikel war das nicht der Fall.

Abg. Stadthagen (Soz. A.): Bei der Abstimmung wird sich ja zeigen, ob es den Herren mit der Mitbestimmung des Volkes ernst ist. Wie mit der persönlichen Freiheit unter dem Belagerungszustand umgesprungen wird, zeigt die militärische Schutzhaft, die ohne jede Rechtsunterlage verhängt wird und ohne, daß die Betroffenen sich verteidigen können. Nennen Sie mir ein Land, in dem ähnliches möglich ist, wenn Sie nicht etwa Rußland als Muster anführen wollen. In Magdeburg ist ein neuer Sparerlass herausgekommen, der Unruhen in der Arbeiterkassen zur Folge hatte. Verantwortlich dafür sind die Urheber solcher Erlasse und ich bedaure die Rückständigkeit des Bürgertums, das sich nicht dazu aufraffen kann, ihre Aufhebung zu fordern. Auf allen Gebieten betätigen sich die Oberkommandierenden „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“. Der Glogauer Kommandant hat in diesem Interesse verboten, daß Personen weiblichen Geschlechts in Lokalen zur Bedienung zugelassen werden, wenn sie nicht nachweislich das 50. Lebensjahr überschritten haben. (Heiterkeit.) Die Bedrückungen des Vereinsrechts haben nicht nachgelassen, sondern sind noch schlimmer geworden. Freilich werden die Versammlungen nur Arbeiter verboten. Es wird eben im Namen des Oberkommandos Klassenpolitik getrieben. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) Auch in die Wahlfreiheit greift man ein. Die Versammlung, die sich mit der Aufstellung der Kandidatur für den verstorbenen Abg. Kühn beschäftigte, wurde von einem Gendarmen überwacht, und einem Redner, der über die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege sprechen wollte, entzog der Gendarm das Wort. (Hört, hört!) Das muß natürlich zur Beanstandung und Kassierung der Wahl führen. Die Drangsalierungen der „Nüchternen Zeitung“ sind vom Bundesrat nicht genehmigt worden, auch nicht, daß aus der Rede des Abg. Dittmann in der Zeitung der Abschnitt gestrichen werden mußte, der sich auf die Behandlung des Abg. Haegy bezieht. (Lebh. Hört, hört!) Hier handelt es sich um ein Recht des gesamten Reichstags, und da helfen keine schwächlichen Resolutionen, sondern es muß heißen: Fort mit der ganzen Zensur! (Lebh. Zustimmung.) Der Abg. v. Graefe warf meinem Freunde Liebkecht Landesverrat vor. Dann wäre die Propagierung des U-Bootkrieges in der Art der Herren Graefe und Dertel mindestens vollendeter Hoch- und Kriegsverrat. Dem „Vorwärts“ ist verboten worden, einen Artikel aus dem „Avanti“ zu bringen, weil er nach der Ansicht des Auswärtigen Amtes gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion gerichtet war. (Hört, hört! bei den Soz.) Solche Einschränkungen in unsere inneren Zwistigkeiten müssen wir uns ganz entschieden verbitten. Herr Dertel erklärte Donnerstag, das Verbot einer freimütigen Zeitung für gerechtfertigt, weil sie den Burgfrieden gestört habe. Das zeigt die ganze Rückständigkeit dieser Herren, die nur für sich Meinungsfreiheit haben wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unter dem Vorwand, den Burgfrieden zu wahren, wird dem „Vorwärts“ alles Mögliche verboten, sogar der Gebrauch des Wortes „Lebensmittelwucher“. (Hört, hört! bei den Soz.) Man sagt, es dürfe nicht das Vertrauen des Volkes zur Regierung erschüttert werden. Wie müßte dann erst gegen die Presse vorgegangen werden, die das Vertrauen der Kreise des Herrn v. Graefe zur Regierung widerspiegelt. (Sehr gut! bei der Soz. A.) Wir wollen wirkliche Freiheit der Erörterung der Kriegsziele, das ist notwendig, damit bald ein Friede herbeigeführt wird, und zwar ein Friede, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. (Lebh. Bravo! bei den Soz.) Gabe es ein Mitbestimmungsrecht des Volkes, so würde die übergroße Mehrheit sich gegen Annektionen wenden. Die Kriegsheker vor dem Kriege sind es, die auch jetzt den Krieg verlängern wollen, indem sie für Annektionen eintreten. Gerade diese wollen den Mund denn verschließen, die für die Verständigung der Völker sind. Rettung dagegen kann es nur geben durch freie Bahn für Erörterung der Kriegsziele. (Lebh. Beifall bei der Soz. A.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Herr v. Graefe hat dem Vaterlande durch seine Rede keinen Dienst erwiesen. Es geht nicht an, der Regierung vorzuwerfen, daß sie nach allen Seiten hin Schwäche zeigt und anzudeuten, daß sie uns auf den Weg nach Osmia führt. (Lebh. Zustimmung.) Solche Äußerungen in diesem Augenblick gehen gegen die Interessen des Vaterlandes. (Erneute lebh. Zustimmung links.) Ich muß mit aller Schärfe gegen derartige Entgleisungen Widerspruch erheben. Die größte Schwäche wäre, wenn wir uns durch solche Vorwürfe von dem Wege abbringen lassen wollten, den wir als richtig erkannt haben. (Lebh. Sehr richtig links.) Mit derselben Entschiedenheit muß ich mich gegen die Ausführungen des Abg. Stadthagen wenden. Was sind das für Redensarten im Munde eines deutschen Mannes? Es dürfe weder Sieger noch Besiegte am Ende des Krieges geben. Jeder Deutsche wünscht, daß wir als Sieger aus dem Kriege hervorgehen. (Lebh. Zustimmung.) Wenn irgend etwas die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Zensur beweist, so diese Debatten. Das möchte ich nicht erleben, daß wir Reden, wie wir sie heute gehört haben, jeden Tag in der Presse lesen müssen. Das, was wir brauchen, ist Einheitslichkeit und Geschlossenheit. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.): Man könnte aus dem Verlauf der Debatte auch zu dem entgegengesetzten Schluss kommen, daß es nämlich sehr nützlich wäre, die Zensur aufzuheben. Es ist nicht meine Aufgabe, die Regierung gegen die Angriffe der Herren v. Graefe und Hirsch zu verteidigen, aber im Interesse des Landes muß der Politik, die sie bejournen, entgegengetreten werden. Beide haben Angriffe gegen Wilson gerichtet. In der Note der deutschen Regierung hat diese vor aller Welt zweimal ihre Friedensbereitschaft bekundet. Wenn in dieser Note etwas die Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes gefunden hat, so dies. (Sehr richtig bei den Soz.) Wenn Präsident Wilson Schritte tun will, die dem Krieg ein Ende legen, so würde er sich zweifellos ein weltgeschichtliches Verdienst erwerben. Das deutsche Volk ist seiner Stärke bewußt, es braucht nicht um Frieden zu betteln, aber es fürchtet sich auch nicht, auszusprechen, daß wir zu einem Frieden bereit sind, der Unabhängigkeit und Entwicklungsfähigkeit unseres Landes garantiert. Zu glauben, daß man die ganze Welt provozieren könne mit einer blindwütigen Gewaltpolitik, ist eine frivole Schädigung unseres Landes. (Sehr gut! bei den Soz.) Als wir uns auf der gemeinsamen Resolution in der U-Boot-Frage zusammenfanden, haben gerade die Herren von der Rechten als Bedingung hingestellt, daß nunmehr diese Sache öffentlich nicht mehr diskutiert werden solle. (Hört, hört, bei den Soz.) Nun sollen gerade Sie heute diese ganze Frage wieder auf. Herr v. Graefe hat den furor teutonicus entzündet. Ich schließe daraus, daß er selbst fürchtbar wütend sein muß. Die englischen und französischen Heftblätter werden sich über die Rede des Herrn v. Graefe noch viel mehr freuen, als über die Reden von Liebkecht. Herr v. Graefe hat gleich ganze Arbeit gemacht und ist bis zur höchsten Stelle hinaufgegangen, er hat behauptet, daß man dort seinen Freunden nicht mehr freies Gehör gönne. Da scheinen die Wurzeln des Schmerzes zu liegen. (Sehr gut! bei den Soz.) Übrigens erinnere ich daran, Osmia war konservative Politik. Wenn die Regierung wirklich Herrn v. Graefe folgen würde, dann würde es freilich zu einem Osmia kommen, gegen das das frühere ein Kinderspiel wäre. (Sehr gut! bei den Soz.) Mit dem Appell des Herrn v. Graefe an das Selbstbestimmungsrecht des Volkes sind wir ganz einverstanden. Geben Sie allen Richtungen freie Bahn, fort mit der Zensur. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Hirsch-Essen (Natl.): Wer eine Politik der Selbstbewußtsten Stärke fordert, der begeht keinen Verrat am Vaterlande. (Lebh. Bravo! bei den Natl. und rechts.) Das gilt auch für die U-Boot-Frage. Glaubt Herr David wirklich, das Präsident Wilson daran liegt, sich ein Verdienst um Deutschland zu erwerben! (Bei den weiteren Ausführungen des Redners fällt von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf „Schwerindustrie.“) Wollen Sie damit andeuten, daß geschäftliche Rücksichten im Spiele sind? (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Wer für einen Frieden eintritt, wer dem Volke nicht alle Garantien für seine Sicherheit gibt, der veründigt sich am Vaterlande. (Beifall rechts und bei den Natl.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich erhebe entschiedene Bedenken gegen die hier geäußerte Kritik des Kaisers. Der Abg. Hirsch hat ferner dem Staatssekretär Jagow aus der Art seines

Auftretens einen Vorwurf gemacht und sie als Zeichen der Schwäche der Regierung ausgelegt. Ich bitte Rhetorik und Stärke nicht zu vermischen. Der Staatssekretär Jagow hat sich in seiner Antwort streng an die Tagesordnung halten zu sollen geglaubt und nicht das Gebiet der auswärtigen Politik einzugehen. Ich bedaure, daß die Debatte auf dieses Gebiet eingegangen ist.

Abg. Dittmann (Soz. A.): Die Debatte ist ein Beweis dafür, wie eine kleine, aber mächtige und einflußreiche Clique auch im Parlament ihren Einfluß in die Wagbale wirft, auch gegenüber der Regierung, wenn sie etwas tut, was ihr nicht paßt. Es ist jetzt sehr deutlich, wer bei uns in Deutschland verhindern will, daß es möglichst bald zum Frieden kommt. Es gibt bei uns Kreise, die die Fortsetzung des Krieges auch auf die Gefahr eines Krieges bis zum Weltbluten wollen. Dieselben Leute erklären, wenn im Ausland harte Worte ertönen: Dröben will man den Frieden nicht. Hier tun sie ganz dasselbe. Daß das im Ausland eine andere Wirkung haben kann, glauben sie selbst nicht. Sie fürchten vielmehr, daß es zum Frieden kommt, daß Jäden angespannen werden, die sie zerreizen wollen. Würde die Zensur geitattet, daß auch diejenigen, die einen Frieden ohne Annektion wollen, ihre Ansicht frei ausdrücken, so bräuchten wir hier nicht solche Debatten. Der Staatssekretär hat Stadthagens Äußerungen, es müßte zu einem Frieden ohne Sieger und Besiegte kommen, als gegen die Interessen des Vaterlandes verstoßend bezeichnet. Als am 23. Februar im englischen Unterhaus von Snowden dasselbe gesagt wurde, sagte der Ministerpräsident Asquith: Ich freue mich, daß das Haus den Redner mit so viel Geduld und Achtung angehört hat; ich gebe zu, daß seine Rede viel Beachtenswertes enthält. Dieser Kontrast der Antworten der englischen Minister und der, die wir hier gehört haben, zeigt deutlich, daß man kein Recht hat, die Gegenseite als diejenige hinzustellen, die allein die Schuld hat. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) Es ist notwendig, daß in allen Ländern diejenigen, die den Frieden wollen, dies zum Ausdruck bringen. Eine Zustimmung im deutschen Volke würde deutlich zeigen, daß das Volk den Frieden auf der Basis will, wie Stadthagen es gekennzeichnet hat, und nicht einen Krieg bis zum Weltbluten. Deshalb schreie ich: „Nieder mit der Annexionsclique und Frieden ohne Vergewaltigung.“ (Beifall bei der Soz. A.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Herr Dittmann hat aus der Antwort des Herrn Asquith, die er erwähnte, die Stelle übersehen, daß die englischen Kriegsziele noch dieselben seien, wie zu Beginn des Krieges, die Zerstückelung des preussischen Militarismus, d. h. des Deutschen Reiches. Auch die Neuerung des englischen Handelsministers, ein Frieden mit Deutschland dürfe nur geschlossen werden in einer Weise, daß es Deutschland nicht wieder möglich werde, wirtschaftlich das Haupt zu erheben, hat Herr Dittmann jedenfalls übersehen. Sonst hätte er derartige Ausführungen nicht machen können.

Abg. Graf Westarp (A.): Herr Graefe hat die Person des Kaisers nicht in die Debatte gezogen. Auch den Vorwurf, seine Ausführungen schädigen vaterländische Interessen, muß ich zurückweisen. Seine Ausführungen gingen aus einem schmerzlichen und tief vaterländischen Empfinden hervor und tiefster Sorge, die von weiten Kreisen unseres Volkes geteilt wird. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Beschwerde geht dahin, daß unser Verhalten in der U-Boot-Frage vor der Öffentlichkeit in ein falsches Licht gestellt ist und wir durch die Zensur demgegenüber wehrlos gemacht sind. (Zustimmung.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich habe den Sinn und die Tragweite der Ausführungen des Abg. v. Graefe richtig gestellt, seine patriotische Gesinnung irgendwie in Zweifel zu ziehen hat mir vollständig ferngelegen. Ich halte es für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß seine Ausführungen gar nicht im Interesse des Vaterlandes liegen aus den Gründen, die ich angeführt habe und die näher darzulegen ich mir versagen muß.

Abg. Noske (Soz.): Zu der konfessionellen Rücksichtsannektion brauche ich mich nicht zu äußern. Ich protestiere dagegen, daß meine Parteifreunde sich gegen eine geschlossene Kriegsführung wenden. Entsprechend der Haltung, die wir seit Jahren eingenommen haben, haben wir unser Vaterland verteidigt, es in höchster Gefahr war. Darüber hinaus sind wir für eine Fortsetzung des Krieges um eine mehr oder weniger wahrnehmbare Eroberungspolitik unter keinen Umständen zu haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Selbstverständlich wollen wir bei Friedensschluss die Zukunft unseres Volkes sicherstellen. Mit dem nationalliberalen Redner kann ich eine Debatte über die Möglichkeit oder Nützlichkeit eines rücksichtslosen U-Bootkrieges nicht führen. Herr Hirsch weiß, daß das darauf hinauslaufen würde, daß ich mich des glatten Landesverrats schuldig mache und wichtige Interessen des Reiches preisgeben müßte. Daher fehlt mir jeder parlamentarische Ausbruch für seinen Vorstoß. Diese Art der Polemik bedeutet eine Verhöhnung am deutschen Volke. (Lebh. Zustimmung.) Als Resultat dieses Krieges wird eine Verstärkung der Sehnacht nach einer Verbrüderung der Völker entstehen. Wenn man sich erst einmal in allen Ländern fragt, wozu diese ungeheuren Opfer an Blut, die Hinrichtung von Millionen unserer Besten notwendig war, so wird das Bestreben, sich gegen eine Wiederholung eines Krieges zur Wehr zu legen, eine solche Verstärkung erfahren, daß alle diejenigen ihr Wunder erleben, die heute hoffen, daß die Zeit der unerlösten Kämpfe dauernd sein werde. — Bezüglich eines meiner Zwischenrufe will ich offen aussprechen, daß ich allerdings meine, daß gewisse Bestrebungen und Darlegungen gar nicht anders gedeutet werden können, als wenn einer Anzahl von Leuten der Krieg gar nicht lange genug dauern kann, weil sie Millionenprostitute aus der Not des Volkes gemüht haben. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Masse des deutschen Volkes hat nicht die geringste Neigung, für kapitalistische Profitinteressen sein Leben und seine Gesundheit in Zukunft in die Schanze zu schlagen. Wir haben diese Zensurdebatte herbeigeführt, weil uns daran gelegen ist, diesen gemeingefährlichen Treibern mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Auch in Zukunft werden wir es verstehen, den gewissenlosen Kriegshekern und Treibern das Handwerk zu legen.

Abg. Dr. Pflieger (Ztr.): Ich stelle fest, daß das von mir beanstandete Flugblatt des evangelischen Bundes tatsächlich schon 1912 verfaßt worden ist. Hoffentlich hält die bessere Erkenntnis beim Bund auch noch nach dem Kriege an.

Abg. Hirsch-Essen (Natl.): Wer so ehrenwürdige Vorwürfe erhebt, wie der Abg. Noske, hat die Ehrenpflicht, auch Unterlagen dafür zu geben. Das hat Noske nicht getan.

Damit schließt die Debatte. — In der Abstimmung wird die Resolution auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur (Soz. Arb.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialdem. Arbeitgemeinschaft abgelehnt. Die Resolutionen der Kommission und der freimütigen Volkspartei, die eine Milderung des Belagerungszustandes und der Handhabung der Zensur verlangen, werden angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Kriegskontrollgesetz, Fortsetzung der Erörterung.)
Schluß 3/6 Uhr.

Gegen die Freizügigkeit.

Die Konservativen sind alte Feinde der Freizügigkeit, und aus den Organisationen, die ihnen nahestehen, kommt von Zeit zu Zeit immer wieder der dringende Ruf nach einer Beschränkung oder doch wenigstens Beschränkung der Freizügigkeit. Der Deutsch-Evangelische Bund, eine ganz im Jahrwasser der Konservativen segelnde Vereinigung, hielt dieser Tage seine 10. Generalversammlung ab, bei welcher Gelegenheit ein Fräulein Dr. v. Kundstedt über die wirtschaftlich-soziale Hebung des Volkslebens auf dem Lande sprach. Als unentbehrliche Grundlage für die Festwurzelung des Volkslebens auf dem Lande und „einziges wirksames Mittel gegen die Landflucht“ bezeichnete die Rednerin die Beschränkung der Freizügigkeit. Sie wies u. a. darauf hin, daß im Jahre 1913 23.000 Menschen vom Lande in die Städte zogen, 1914 40.000 und 1915 39.000. 50 v. H. aller Stadt-

dienstmädchen seien vom Lande und eine entsprechend hohe Zahl verfälle der Prostitution; sie glaubt deshalb, daß die Landbewohner einem gewissen Zwang von oben, namentlich jetzt während des Krieges, wohl zugänglich seien, zumal wenn man ihnen klar mache, daß Landflucht Fahnenflucht (?) bedeute.

Gegen diesen Zwangsvorschlag des Fräulein v. Kundstedt erhoben sich auch innerhalb der Generalversammlung schon einige Bedenken. Man muß aber solchen Gedankengängen mit umso größerer Entschiedenheit entgegenzutreten, je mehr die wahren Ursachen der Landflucht dabei unterdrückt werden. Die schlechten sozialen Verhältnisse treiben die Arbeiter vom Lande in die Städte. Der Königsberger Arzt Dr. Rosenbergh hat kürzlich erst dazu hingewiesen, daß die armen-rechtliche Stellung der ländlichen Arbeiter völlig ungesichert ist und daß in bezug auf Kranken- und Geburtshilfe alles zu wünschen übrig bleibe. Die Besitzer, die zu ihren Arbeitern mehr Dienstmännern in gar keinem persönlichen Verhältnisse mehr stehen, entzogen sich vielfach ihren Verpflichtungen und überließen die in Not geratenen Leute ihrem Schicksal. Dazu kommt neben den schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen die oftmals geradezu brutale Behandlung der Landarbeiter, gegen die sie nicht hinreichend durch Behörden und Gerichte geschützt werden. Wenn man der Landflucht steuern will, muß mit diesen Missetänden aufgeräumt werden.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Amerika. Bei dem Ende April stattgefundenen kommunalen Wahlen wurde in Milwaukee der Sozialdemokrat Hoan mit 30.433 Stimmen gegen 28.878 zum Oberbürgermeister gewählt. Auch in Illinois (Wiscamin) wurde ein Sozialdemokrat Bürgermeister. In Chicago konnte die Partei ihre Stimmenzahl von 24.452 im vorigen Jahre auf 43.779 erhöhen. Als Folge dieser fast verdoppelten Stimmenzahl kann der 15. Stadtwahlkreis als sicher in der Hand der Partei angesehen werden.

Milwaukee, das wegen der großen Deutschtönlone und riesigen Bierbrauereien bekannt ist, zählt rund 400.000 Einwohner. Schon vor einigen Jahren hat es infolge des Sieges des sozialistischen Bürgermeister-Kandidaten eine völlig sozialistische Verwaltung erhalten. Viele führte zahlreiche Reformen ein, die zum Teil in manchen anderen Städten Nachahmung fanden, doch vereinigten sich alle anderen Parteien bei der nächsten Wahl und besetzten von neuem die Verwaltung. Diesmal aber hoffen die Sozialisten auf einen dauernden Erfolg. Auch im Bundesparlament war die Stadt hier vertreten. Sie entsandte dorthin den ersten sozialdemokratischen Abgeordneten, Viktor Berger, der aber ebenfalls bei der nächsten Wahl wieder unterlag.

Innerhalb der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten selbst gibt die Organisation in Milwaukee als außerordentlich „revolucionistisch“. Sie unterscheidet sich von den meisten anderen Städten auch dadurch, daß sie durch weitgehende Personalunion ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit der Mehrheit der Gewerkschaften gestiftet hat. In diesem guten Verhältnis hat auch Sommers nichts ändern können, der erst kürzlich dort wieder antiozialistische Versammlungen abhielt, um die Gewerkschaften gegen die Partei aufzubringen.

Kommunales.

Städtische Ernährungshilfe. Die Stadt Augsburg hat eine Einrichtung geschaffen, durch welche denjenigen Familien mit billigen Lebensmitteln geholfen werden soll, die keinen Anspruch auf Erwerbslosentlohnung oder Armenzulage haben. Es sind Einkommensabstufungen von 18—2400 Mk. gemacht, wobei Rücksicht genommen wird auf die Kinderzahl. Familien mit 5 Kindern und einem Einkommen unter 2400 Mk. erhalten Bezugscheine, mit denen sie Nahrungsmittel in städtischen Verkaufsstellen zu billigeren Preisen entnehmen können. Der Fleischpreis wird beispielsweise ermäßigt um 40 Pf., Speisekartoffeln werden der Zentner zu 2 Mk. abgegeben. Die Zuschüsse zu dieser Ernährungshilfe leistet die Stadt oder sie werden aus privaten Mitteln bestritten. In den ersten Tagen seit Bestehen dieser Ernährungshilfe sind über 3000 Gesuche eingegangen. Neben Arbeitern mit geringem Verdienst sind es hauptsächlich kleine Handwerker und Gewerbetreibende, die von der Ernährungshilfe Gebrauch machen.

Aus Nah und Fern.

Massenpeisung in Berlin. Im Berliner Rathaus fand am Montag eine Besprechung in der Angelegenheit der Massenpeisung statt. War einige sich dahin, zunächst Versuche in den Arbeitervierteln zu veranstalten. Es wurde eine mehrgliedrige Kommission gewählt, der eine Reihe von Fachleuten angehört.

Erlebnisse beim Betreten der Straße für Jugendliche. In Leipzig ist es den Jugendlichen verboten, abends nach 9 Uhr die Straße zu betreten. Das Polizeiamt hat nun verfügt, daß den jugendlichen Mitgliedern solcher Vereine und Anstalten, deren Zweck in körperlicher und geistiger Förderung der Jugend besteht, von der Polizeibehörde auch abends nach 9 Uhr die ungeäumte Zurücklegung des Weges unmittelbar zwischen Wohnung und Vereinsstelle genehmigt werden kann. Gesuche sind von den Vorständen für die Gesamtheit der jugendlichen Mitglieder, deren Namensnennung nicht erforderlich ist, beim Polizeiamt einzureichen. Mit der Genehmigung erhalten die Vorstände die Befugnis, Ausnahmelisten aufzustellen.

Zwei Arbeiterinnen vom Eisenbahnzug überfahren. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorige Woche auf der Bahnstrecke Königsberg-Willau. Wie Königsberger Blätter melden, wurden dort die Arbeiterfrau Kragajida und die Ruffenfrau Graßmann zwischen den Gleisen in schwerverletztem Zustande aufgefunden. Der Frau K. waren der linke Fuß und das rechte Bein abgefahren, während der Frau G. der linke Fuß glatt abgefahren war und sie auch außerdem schwere innere Verletzungen davongetragen hatte. Die beiden Frauen hatten auf den Gleisen arbeiten auszuführen und waren dabei von einem die Strecke passierenden Zug erfasst worden.

Unwetter. In Rhein-Hessen gingen schwere Unwetter nieder. Einzelne Orte, besonders Weinberge, erlitten durch die Hagelstürme empfindlichen Schaden.

Feuer in einer rumänischen Patronenfabrik. Am 30. Mai um Mitternacht brach in der Nähe des königlichen Schlosses Cotroceni in der dort befindlichen Patronenfabrik ein Brand aus, der mehrere heftige Explosionen verursachte. Nach einer amtlichen Mitteilung wurde kein bedeutender Schaden hervorgerufen. Die Ursache ist noch nicht sicher festgestellt. Einige Personen wurden leicht verwundet. Einer weiteren Meldung zufolge wurden die Petroleumbehälter und ein kleines Pulverdepot zerstört und eine Patronenwerkstätte gleichfalls.

Verlustlisten.

Erglenen sind:
Preussische Verlustliste Nr. 543.
Bayrische Verlustliste Nr. 270.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden montags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannstraße 40, eingesehen.

Aus friedlichen Tagen.

Schelmstücke aus dem badischen Ländle.

Der Fingerwurm.

Joseph Zeller war Anno 70 dabeigewesen als schneidiger Lazarettgehilfe und verjah seit seiner Verabschiedung, die einige Jahre nach dem Franzosenkriege erfolgt war, in der Schwarzwalddheimat das im Feldzuge oft geübte Amt eines Chirurgen; außerdem betrieb er ein kleines Bauerngütchen.

Unser „Sepp“ war wegen seiner Hilfeleistungen, seines drolligen Wesens und seine Anspruchslosigkeit überall beliebt. Man ging viel lieber zu ihm als zum Doktor, wenn's was zu verbinden, aufzuschneiden, einzurenken oder zu schindeln gab. Kleinere Leistungen ließ er sich oft durch einen Schoppen oder Imbiss honorieren. Wie viele Arm-, Bein- und Rippenbrüche, Verrenkungen, Schnittwunden, Geißwürde hatte er die vielen Jahre hindurch erfolgreich behandelt! Er war ein müßterhafter Heilfänger aller genannten Blessen und besaß eine große Kunstfertigkeit unter der häuslichen Bevölkerung seiner Schwarzwalddheimat.

Eines Tages kommt nun in das nette Häuschen unseres Landwirts das reiche Bergbäuerin aus dem hinteren Tal mit verbundener Hand und klagt dem Zeller, wie sie seit Wochen Schmerzen im Daumen hätte und kaum mehr etwas arbeiten könne, wie ihre Nachbarin gesagt habe, es wäre der Wurm, und wie sie selbst auch meine, daß es nichts anderes sein könne, denn sie spüre das Sahnen und Nageln des Viehes ganz deutlich. Sepp nimmt sorgfältig die Hand von der Frau ab und sieht sofort, daß dem mit Eiter und Urat gefüllten Daumen nur durch einen kräftigen Schnitt Erleichterung und Heilung zu bringen sei. Dagegen wehrt sich aber die Frau mit Zeter- und Mordbroscherei. Erst als nach langen, erfolglosen Verhandlungen Sepp erklärt hatte, er könne mit dem Schnitt nicht nur den Finger heilen, sondern auch das elende Wurmvieh lebendig an das Tageslicht bringen, willigt die Bäuerin in die Operation ein. Das Vieh möchte sie doch sehen, das sie so gräßlich plagt.

Unser Seppi geht in das Nebenabstätt, holt seinen Instrumentenkasten und schickt seine Tochter Ida heimlich mit einem gewissen Auftrag in die Apfelmutter drüben auf dem Speicher. Mit großer Umständlichkeit wird die Prozedur begonnen, wobei der Fingerdokter nicht unterläßt, der mit abgewandtem Gesicht und zugehaltenen Augen dasitzen die Bäuerin einzuführen, nur recht ruhig zu halten, daß er den Wurm auch lebendig bekomme. Unterdessen ist das blonde Tochterlein in die Stube getreten! — Da — ein Schnitt! Die Frau heißt die Zähne aufeinander und unterdrückt mader den Schmerz. Wasser, Blut und Eiter werden durch kräftigen Druck aus dem kranken Daumen entfernt. Der Bäuerin laufen die Augen über. Jetzt endlich! Jetzt haben wir den Raib! — läßt sich da Reijer Zellers Stimmchen vernehmen, und richtig! Auf dem Daumen lagenbapelt lustig der gequälte Wurm gelehrt Wurm aus der Apfelmutter. Die vor Aufregung und Schmerzen schweißende Frau reißt sich das Haier von der Stirn und aus den Augen und: „Jez, lueg an, du Entschriß!“ — „hemmer di jez emol, du Raib!“ — so spricht sie in einem Gemisch von Ingrimm und Freude auf den schwärzlichen Sejmiecht ein. Reijer läßt sie sich aber den „Entschriß“ als Andenken in einem Schächtelchen mitgeben, um ihn den Weibern und Säien zu zeigen, und unser Sepp hat wieder mal einen lächerlichen Tag erlebt.

Ein ungemütlicher Fuhrmann.

Der alte Herr Schulrat Walter liebt es, auf den Inspektionsreisen in den Schulen seines Bezirks hiehere Landente anzupfeifen, wenn sich Gelegenheit bot, und im Gespräch unanständig nach dem und jenem zu fragen, was einem Gebieter der Schule wünschenswert erscheinen mag.

Einmal aber ist der sonst gemüthliche Herr an den Urrechten gekommen, der ihm seine Mißbegierde höchst gehässig hat. Man hat:

Vor Jahren spazierte der Herr Schulrat auf der mit Anhängseln erfüllten Landstraße einem Dorfchen zu. Seiner Kutte mit den zwei Bräunnen hatte er in dem letzten größeren Orte zurückgelassen, da der Weg ins kleine Dorfle so fern, die Luft so herrlich und kein Vorhaben war ein ganz kleiner Schalkheiß war. Auch konnte der Fuhrer ihm einen Bewohner des Dorfes zu warnen zuführen, — und ein wenig auszuführen war halt, wie schon gesagt, die Heine Schwäche des jovialen Herrn.

Die geschwätzige Jugpartie schien sich wirklich auch in dieser Hinsicht zu lohnen, denn zwanzig Minuten vom Dorf entfernt erreichte ein im Rücken heranschwebendes Fuhrwerk den links am Wege stehenden Herrn, und jetzt entbarn sich folgendes Zwiegespräch:

„Guten Morgen!“
„Gute Tag! Galt Sie wohl mitfahren? Wenn Jose mit Leiterengel mit zu hopperig ist, so reijer Sie mit. Schenken gut zwei Mann Platz uf dem Brett. Siedert g'fahr ich immer noch besser als gar g'lanke.“
„Wenn Sie es erlauben — recht gern: ich komm doch allmählich ins Schwitzen.“

Der hiehere Landmann hält seinen linken Schimmel an und rüdt auf dem Sattel sitzend. Gemüthlich wie die Gänger der Besenwege legt auch die Unterhaltung ein. Aber mit einer kleinen Wendung ist der Herr Rat, welcher das Folgende wirklich zu weihen weiß, bei seinem inneren Aufsteigen:

„Guten Morgen!“
„Guten Tag! Galt Sie wohl mitfahren? Wenn Jose mit Leiterengel mit zu hopperig ist, so reijer Sie mit. Schenken gut zwei Mann Platz uf dem Brett. Siedert g'fahr ich immer noch besser als gar g'lanke.“
„Wenn Sie es erlauben — recht gern: ich komm doch allmählich ins Schwitzen.“
Der hiehere Landmann hält seinen linken Schimmel an und rüdt auf dem Sattel sitzend. Gemüthlich wie die Gänger der Besenwege legt auch die Unterhaltung ein. Aber mit einer kleinen Wendung ist der Herr Rat, welcher das Folgende wirklich zu weihen weiß, bei seinem inneren Aufsteigen:

„Guten Morgen!“
„Guten Tag! Galt Sie wohl mitfahren? Wenn Jose mit Leiterengel mit zu hopperig ist, so reijer Sie mit. Schenken gut zwei Mann Platz uf dem Brett. Siedert g'fahr ich immer noch besser als gar g'lanke.“
„Wenn Sie es erlauben — recht gern: ich komm doch allmählich ins Schwitzen.“
Der hiehere Landmann hält seinen linken Schimmel an und rüdt auf dem Sattel sitzend. Gemüthlich wie die Gänger der Besenwege legt auch die Unterhaltung ein. Aber mit einer kleinen Wendung ist der Herr Rat, welcher das Folgende wirklich zu weihen weiß, bei seinem inneren Aufsteigen:

Mannes Gewicht entlastet war, wie besessen auf den Schimmel einhieb.

Der Herr Schulrat aber kehrte um und schrie, als er das Quartier seines eigenen, viel gemüthlicheren Koffelenters erreicht hatte und am Tischchen unter dem blühenden Kastanienbaum sein Viertelchen trank, ins Notizbuch:

„In der Schule zu Dingsda alles in Ordnung; Leute wehren sich für ihren brauen Lehrer!“

Von einem, der die Herren nit mag.

Der Hansfrieder vom Geißbühl war nicht in der rosigsten Laune. Vor vierzehn Tagen hatte ihm der Bot' einen Zahlungsbefehl gebracht über 50 und erste Märkte, und täglich und stündlich wartete er nun der Dinge, die da — in Gestalt eines Gerichtsvollziehers — wohl kommen mußten; denn zum Einlösen der Schuld hatte ihm diesmal wieder das nötige Kleingeld gefehlt und großes hatte er noch weniger. Unser Hansfrieder war aber einer von denen, welche die Wurzel alles Übels in der Obrigkeit sehen, und darum war er in jenen Tagen der Erwartung eigentlich auf den Amtsrath und den Oberamtman der Stadt viel ärger erboßt als auf den Kaufmann des kleinen Städtchens, der den Zahlungsbefehl erwirkt hatte, um zu seinem Gelde zu gelangen.

„Poh Türke, Mohre un Erpäpffelalat!“ knurrte Hansfrieder, als er an einem schönen Vormittag den wohlbekannten Pfändungsmann über den Geißbühl herkommen sah. Ohne Zweifel, jetzt galt's Ernst.

„Wenn nur alle Herr in der Stadt“ — Das Ende dieses frommen Wunsches kann der freundliche Leier sich selbst ergänzen. Doch bis zur Ankunft des Gerichtsvollziehers hatte sich Hansfrieder soweit erholt, daß der Mann des Gesetzes nichts Auffälliges mehr an ihm bemerkte.

„Seit Ihr der Johann Friedrich Köberle.“

„Jo, fell bin ich! Ich weiß ich, was Ihr wöllet! — Pfända mir eini vo mine Küß! S'het keint kei Horn ab. Do steh'n alli drei!“ — Mit diesen Worten öffnete das Männchen seinen Geißbühl und deutete auf die drei Jottelröde.

Der Gerichtsvollzieher lächelte. Er kannte seinen Mann und waltete ruhig seines Amtes.

„Zwei der Geißeln müssen wir Euch lassen; aber ein Stück kann ich ja pfänden. Sagen wir mal diese hier.“

Mit diesen Worten schritt er auf die schönste und größte derselben zu.

„Galt, Herr Nichtsperzieher! Ihr könnte wec mit eini pfända, aber fell nit. Kei gwilt! Sell nit! Die ich pfändert um — fell nit g'heiter als wie der Amtmann!“ — Jetzt war's heraus, was Hansfrieder sich als Trumpf schon längst zurechtgelegt hatte. Zufrieden kummelnd ließ er den Gerichtsman gewähren.

Aber des Frieders Spruch wurde verpländert, und — der Herr Amtmann erfährt die Geschichte. Ein guter Nachbar, der dem Hansfrieder einen Streich spielen wollte, erzählte dem geizigen Herrn gelegentlich die Sache. Doch zum Glück geriet dieser gute Nachbar an den Urrechten. Der Amtmann hatte jottel Sinn und Verhandnis für Bauernwis, daß er den Denunzianten höchst ablehnte. Im Innern beschloß er allerdings, bei der demnächst fälligen Urschau den witzigen Geißmann ein wenig in Verlegenheit zu bringen.

Der Tag der Urschau kam, und unser Hansfrieder, der trotz seiner obrigkeitlichen Gedanken ein Gemeindegliedlein verwaltete, das Amt eines „Richters“ oder „Sammeris“, mußte auch vor „die Schmiech“.

Bevor ihn der Amtmann entließ, sagte dieser noch, lustig unter der Brille hervorblinzelnd: „Hör'n Sie, Feldhüter Köberle, che Sie weggehen, sagen Sie mir doch noch raib, inwiefern Ihre Geiß geistlicher als ein Amtmann ist?“

Hansfrieder wand sich erbleichend vor des Herrn Blick in größter Verlegenheit.

„Kaus damit! Köberle! Das tät ich von Ihnen noch gern wissen.“ Da hatte Hansfrieder auch schon wieder keine Fassung gefunden. Und wie der hohe Herr noch freundlich lächelnd vernahmerte, es geische ihm auf Er' kein Leid, so sagte er: „Herr Geheimrat! Sell mit der Geiß ich nit verlange! Niemal het sie si mir „g'heilt“ (Junge geworfen); aber no lai einijger Sad het sie g'macht — lai einijger Sad!“ — „Ja mein' aber immer, Sad si im Anichus ich g'macht worre. Aber nit für unguet, Herr! Rix für unguet!“

(Geheimrat ist in der „Frankf. Zit.“)

Für unsere Frauen

Erweiterung des Stimmrechts für Frauen in Kanada.

Nachdem zwei Provinzen Kanadas, Manitoba und Alberta, am Anfang dieses Jahres das politische Stimmrecht für Frauen einführten, ist jetzt eine dritte Provinz, Saskatchewan, dem Beispiel gefolgt. Von den drei weitestgedehnten, aber nicht sehr bevölkerten Provinzen in Manitoba mit der Hauptstadt Winnipeg politisch die wichtigste.

Vom englischen Arbeiterinnenbund.

Der englische Arbeiterinnenbund (Women's Labour League) verschiedener nordlicher Großstädte hielt unlängst in Swinton einen Tagungstag ab. Die Verhandlungen drehten sich in erster Linie um das Thema „Der Krieg und das Kind“. Die Heraushebung der kriegsfähigen Altersgrenze auf 11 Jahre hat der geradezu verheerend wirkenden Ausbeutung der kindlichen Arbeiterinnen Tür und Tor geöffnet. Aus allen Teilen des Landes werden Hilfe gesammelt, aus denen hervorgeht, daß die Unternehmern im weitesten Maße Kinder heranzüchten, wo noch viele arbeitsfähige und willige arbeitslose Frauen zur Verfügung sind. Die Folge eines hartem Lebensdrucks ist in vielen Industriezentren nicht amgedrückt.

Die von der Verammlung gefasste Resolution protestierte gegen die Herabsetzung des schulpflichtigen Alters, auch gegen die Erhöhung des Schulgeldes in den Volksschulen und die Einschränkungen der Stipendien (Scholarships). Es wurde dann noch Beschlüsse über die Rekrutierungsgesetze gefasst und die Organisation großer Arbeiterkonferenzen beschlossen, wie sie in einzelnen lokalen Sektionen schon stattfanden. Die nächste größere Arbeit, die die Sektionen sich vorzunehmen, ist die Ansammlung von Petitionen für einen gesetzlichen Muttertag.

Kleines Jenklein

Der Maschinenbauer von Eyröden, dessen gehobene Untertan für sich selbst in diesen blühenden Zeitläuften Chancen in aller Welt erregt, steht in der Kriminalgeschichte der Völler nicht verdingelt da. Auch dieses Scherzmal in Menzengespinnst hat seine Vorgänger gehabt, und man wird unwillkürlich an Kapitalgeber denken der Vermögensgüter, vor allem an die Untertan Hugo Schönders erinnert. Undereins haben Chancen hat Vella Kig ermondet, er hat sich als moderner „Kleiner Jenklein“ betitelt, wie ihn uns Charles Bernoulli in seinem köstlichen erfindungsreichen Märchen geschiedet hat. Das Urbild dieses hemmungslosen „Kleinen“ hat der Kletter Gille de Soudal, Baron de Kump, gewesen sein, der auf seinen Schatz in der Segen von Kumpen viele Chancen und Chancen hatte, unerschöpflichen Schätzen und seinem Übergeben.

geopfert hatte, und der deswegen im Jahre 1440 zum Feuertode verurteilt wurde. Die ganze Existenz Gilles de Rans gliedert sich in zwei scharf zu scheidende Phasen; in der ersten Zeit erscheint er als tapferer Kriegermann ohne Fehl und Tadel. Bereits mit 25 Jahren bekleidete er die Marischallswürde und wurde vom König Karl VII. mit dem Auftrage betraut, das heilige Salzgeheiß für seine Krönung zu holen und nach der Abtei Saint Remy zu überführen. Infolge seiner uferlosen Verschwendungslust mußte er jedoch bald den Hof verlassen und sich vor der Zeit in die Einsamkeit zurückziehen. Der Kriegermann war zum raffinierten Lebenskünstler geworden, der um jeden Preis seine unstillbare Gier nach Genuß zu befriedigen suchte und dessen über 2 1/2 Millionen Franken betragenden Einkünfte nicht entfernt ausreichten, die Kosten seiner üppigen Lebensführung zu bestreiten. Kein Prinz von Geblüt, kein Herzog konnte es an Luxus mit ihm aufnehmen. Seine Freigebigkeit beschränkte sich nicht nur auf seine Leute; sein Haus stand jedem offen, woher er auch kam und welchem Stande er auch angehörte. Um dieses gnußvolle Leben auch weiterhin führen zu können, sah sich Gilles de Rans bald gezwungen, seine Zuflucht bei Wucherern zu suchen und Verpflichtungen zu übernehmen, die ihn völlig ruinierten. Schließlich blieb ihm angesichts der Unmöglichkeit, sich das Geld, das in seinen Händen gerann, zu verschaffen, nichts weiter übrig, als Fallschirmerei zu betreiben. Zu diesem Zwecke verschrieb er sich einem jener berühmten Alchimisten aus Italien, mit dem er sich in dem dunkleren Schlosse Tiffauges einschloß, um hier durch magische Künste, Beschwörungszauber und Satansopfer den Fürsten der Hölle zum Bundesgenossen zu werden. Aber der Teufel blieb in boshaftem Trotz taub für ihn. Da suchte er den Widerwilligen durch das Blut gemordeter Kinder zu beschwören, was nach dem Höllenritual und den Anweisungen der Zauberbücher ein unsehbares Mittel sein sollte, Satans Dienstleistungen zu erzwingen. Der durch den Durst nach Geld rasend gewordene Marischall schwankte auch keinen Augenblick, der Hölle die Blutopfer darzubringen, die ihm nach der Versicherung seiner Ratgeber zu „Wissenschaft, Macht und Reichtum“ verhelfen sollten. Von Stund an entrollte sich jetzt auf dem Schloß des Marischalls der grauenhafte Hergang: graulamer Morden, widernatürlicher Orgien und schauerlicher Mollusmorde, bis ihn endlich die rührende Nemesis dem Scheiterhaufen überlieferte.

Die Kriegsstoff in der Soldatenprache.

Für den „Frah“, den ihm seine „Küchenbullen“ ausständigten, hatte der Soldat schon immer seine besonderen, oft etwas lastigen, mitunter aber auch recht humoristischen Ausdrücke. Seitdem er bei der „Gulachkanone“ — neuerdings auch dem „Hungerabwehrgeschütz“ — sein Eisen „fagt“, hat sich die Zahl dieser mehr oder weniger bildhaften Bezeichnungen noch vermehrt und ihr Gebrauch verallgemeinert. Von den in der Kalene so oft gefassten „Fuhlappen“ wenn in der damit gemeinten Kohlsluppe die Kümmeleiner so schön schwammen, auch gern „Fizlatschen mit Fioh“ genannt — hört man draußen freilich wenig. Denn dies Gericht hat die Feldküche gemeinhin nicht auf ihrem Speisegettel. Um so häufiger gibt es „Kälberzähne“ (Graupen), „Blauen Heinrich“ (Reis) und jene nicht immer ganz genau definierbaren Gerichte, die der Eijer gerne „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Suppe“ nennt. Deiter als daheim muß der Feldgrau draußen natürlich auch mit trocken Brot zufrieden sein, mit „troden Polster“ oder mit „troden Hanf“. Besonders häufig gilt es natürlich, trocken Karo zu schieben, seitdem die Fette — draußen wie daheim — so knapp geworden sind. Allerdings ist die Militärverwaltung ja bestrebt, Erlaß zu schaffen, indem sie die Truppen reichlich mit Marmeladen versorgt. Diese Marmeladen nun haben es der Soldateska besonders angetan. Für sie hat die Soldatenprache gleich einen ganzen Haufen weitverbreiteter Ausdrücke geschaffen. Um meisten hört man sie wohl „Kronprinzbutter“ oder „Armeebutter“ nennen, aber auch „Kraifbutter“ und „Landsturmbutter“ begegnen; oder der Gruppenführer ruft: „Karullschkeit empfangen!“ während sich der gemeine Musketer beschwert, das es jetzt ewig bloß „Zweibundschmiere“ gibt; der Höfliche spricht vom Honig, und der Kundige vom „Sturmjett“. Die Reiche ist wohl noch nicht erschöpft, aber die genannten Ausdrücke mögen genügen, um erkennen zu lassen, welches Interesse der Soldat an seine Kriegsstoff nimmt; ob dieses Interesse einer Beliebtkeit gleichzusetzen ist, muß freilich eine andere Frage genannt werden.

Der pünktliche Kanonenschuß.

In der Feldzeitung der 10. Armee ist zu lesen: In einem Militärposten in Ägypten zeigt alltäglich nach alter Gewohnheit ein Kanonenschuß die Mittagstunde an. Ein junger Offizier, der sich mit dem schönen Eijer des Neulings um alle Dinge kümmert, fragte eines Tages den Artilleristen vom Dienst: „Wie wissen Sie aber die genaue Zeit, zu der Sie schießen müssen?“ — „Ich sehe auf meine Uhr, Herr Leutnant.“ — „Und Ihre Uhr geht wirklich ganz regelmäßig?“ — „Wunderbar.“ — „So lasse sie alle Monate bei dem Uhrmacher im nächsten Ort genau stellen. Das ist ein Schweizer, der schon seit Jahren hier wohnt.“ — Ein paar Tage darauf kommt der Offizier gerade um die Mittagstunde bei dem genannten Uhrmacher vorbei. Er sieht, wie der Mann an der Tür seines Hauses steht und augenscheinlich auf etwas wartet. Der Offizier grüßt ihn und fragt: „Haben Sie denn in dem elenden Nest auch etwas zu tun?“ — „Nicht allzu viel,“ antwortete der Uhrmacher, „ich habe mehr Muße als Arbeit, und so kann ich auch ruhig hier stehen und auf den Schuß am Mittag warten.“ — „Auf den Kanonenschuß?“ — „Gewiß doch,“ fuhr der Uhrmacher fort. „Das muß ich wohl, denn da n a ch stelle ich hier alle Uhren.“

Vom Arbeiter zum Doktor.

In der Wiener Universität wurde Genosse Emil Maurer zum Doktor der Rechte promoviert. Er ist der Sohn armer Eltern und wurde in Galizien geboren. Als neunjähriger Knabe kam er nach Wien und besuchte hier die Volks- und Bürgerschule. Dann erlernte er das Metallrudergewerbe, arbeitete mehrere Jahre in seinem Fache und wurde Werkführer. Aber er hatte nicht nur den Trieb, zu lernen, sondern auch die starke Willenskraft, nach schwerer körperlicher Arbeit zu studieren. Später fand er auch die knappen Mittel, die er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse brauchte, die er auf das geringste stellte, und so hatte er in wenigen Jahren alles gelernt, was zur Naturwissenschaften nötig war, und dann studierte er an der Universität. Nun hat er alle Prüfungen mit gutem Erfolg abgelegt.

Heiteres

„Das kommt höchstens alle sechs Wochen einmal vor!“ Einige Frauen beim Kaffeeklatsch reden über ihre Männer. „Ich kann nicht klagen“, sagt die eine. „Mein Mann hat keine Fehler: er spielt nicht und trinkt auch nicht.“ — „Kannst er auch nicht?“ fragt eine andere. — „Kann“, erwiderte die erste, „wenn er g u i gegessen hat, recht er sich wohl mal 'ne Zigarre an, aber das kommt höchstens alle sechs Wochen einmal vor!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmalz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Wien.